

MO

MAGAZIN FÜR
MENSCHENRECHTE NR. 80

SOS
Mitmensch

**BÜRGER:INNENRÄTE
MITSPRACHE
PER LOS**

**REPRÄSENTATION
WIE GUT SIND
WIR IM PARLAMENT
VERTRETEN?**

**VERMÖGEN
EXTREME
UNGLEICHHEIT
IN ÖSTERREICH**

**BEITRAG ÜBER ÖIF
WIDERRUF**

**DOSSIER:
DEMOKRATIE
UNTER DRUCK**



DAVON 150 EURO FÜR KOLPORTAGE
3,00 €

Was MO-Kolporteur:innen erleben

Illustration: P.M. Hoffmann, Text: Thyra Veyder-Malberg



P.M. Hoffmann / Thyra Veyder-Malberg

SOS
Mitmensch

JETZT SPENDEN!
IBAN: AT12 2011 1310 0220 4383
BIC: GIBAATWWXXX



Illustration: Georg Feierfeil

Demokratien geraten weltweit unter Druck. In einer vollständigen Demokratie leben laut Democracy Index (EIU) nur mehr rund 15 Prozent der Menschen. Österreich zählt (noch) dazu.

WT

Liebe Leser:innen,

was bedeutet Demokratie?

Diese Frage begleitet uns eigentlich täglich: Wenn wir weltweit von autoritären Regimen lesen, von eingeschränkten Rechten oder Angriffen auf marginalisierte Gruppen. Oder wenn wir selbst mit Demokratiedefiziten konfrontiert sind – in Österreich wie auch anderswo. Demokratie ist nie selbstverständlich. Sie kann erodieren, manchmal leise, durch mangelnde Transparenz, den Ausschluss bestimmter Gruppen oder die Einschränkung der Medienfreiheit. Mit Arne Semsrott haben wir deshalb darüber gesprochen, wo es aktuell gilt, besonders wachsam zu bleiben. Doch genügt es, sich allein auf historische Errungenschaften zu berufen und sie zu verteidigen? Oder braucht es nicht längst neue Impulse, um Demokratie lebendig – und zukunftsfähig – zu halten?

So ist Österreich längst eine vielfältige Migrationsgesellschaft, doch im Parlament und in der Politik spiegelt sich diese Realität kaum wider. Edgar Subak zeigt in seinem Beitrag, wie es um die Repräsentation steht, und Vanessa Spanbauer kritisiert dieses Defizit in ihrer Kolumne. Auch andere Zukunftsfragen verlangen ein erweitertes Demokratieverständnis: Künstliche Intelligenz und neue Technologien stellen uns vor Fragen der Transparenz, Kontrolle und Grundrechte. Die Klimakrise verlangt Entscheidungen, die über Generationen wirken, und Partizipation, die weit über Wahlzyklen hinausgeht. Eines bleibt dabei zentral: Demokratie lebt von Teilhabe. Wien trägt dieses Jahr den Titel „Europäische Demokratie-Hauptstadt“. Auch die zweite Jahreshälfte bietet zahlreiche Gelegenheiten, dies praktisch zu erleben: bei Veranstaltungen, Bildungsangeboten und Mitmach-Möglichkeiten. Nutzen wir sie!

Milena Österreicher, Chefredakteurin

INHALTSVERZEICHNIS



10

Foto: Steffen Prößdorf



31

Foto: Vici Nunez



37

Foto: Milena Österreicher

Einstieg

2 CARTOON

MO bietet günstiges Digital Detox.

3 EDITORIAL

6 NACHGEFRAGT ...

bei Christian Taucher von der Caritas Steiermark.

7 HANDLUNGSBEDARF

NGOs im Visier.

8 SOS MITMENSCH: NEWS

Vor 10 Jahren angekommen / Antisemitische Verschwörungstheorien bei „AUF1“ / Anti-NGO-Kampagne / „Aula“-Prozess

DOSSIER: DEMOKRATIE

10 „AN ÖSTERREICH BIN ICH IMMER GESCHEITERT“

Politikwissenschaftler Arne Semrott im Interview.

14 WIDER DEN NEUEN AUTORITARISMUS

Vedran Džihić über die notwendige Vereinigung Europas.

18 DEMOKRATIE PER LOS

Was Bürger:innenräte (nicht) bewirken können.

21 WIDERRUF ZU BEITRAG ÜBER DEN ÖIF

22 SO WIE WIR ODER DOCH ANDERS?

Wer sitzt bei uns im Parlament?

25 WENN REICHTUM REGIERT

Über Vermögensungleichheit und ihre Auswirkungen.

28 BAUSTELLE SOZIALEMOKRATIE

Das einst starke Stimmrohr der Arbeiter:innen schwächtelt heute.

31 MITREDEN SCHWER GEMACHT

Fast ein Drittel der Bevölkerung hat eine sehr niedrige Lesekompetenz und kann schwer am politischen Diskurs teilhaben.

Welt

34 „JEDER CENT WIRD UMGEDREHT“

Was Sozialhilfe für betroffene Familien bedeutet.

37 DREI JAHRZEHNT TÜREN, DIE SICH ÖFFNEN

Zu Besuch im Integrationshaus Wien.

Rubriken

40 KOLUMNEN

Martin Schenk: Haltungsnoten.

Philipp Sonderegger: Im eigenen Saft.

Vanessa Spanbauer: Politik ohne Repräsentation.

42 SERVUS ALAYKUM

Menerva Hammad: Kopftuch-Kasperle.

43 DOSSIERMEDIEN

Verteidigung der Demokratie / Demokratie bilden!

44 MEDIEN

Wie geht es dir? / Podcast Rund ums Parlament / Grenzen der Gewalt / Vom Tellerwäscher zum Tellerwäscher

46 ANDERE ÜBER ...

Kommentar: Michael Kerbler über die Notwendigkeit von Demokratie-Bündnissen.

Brillen.manufaktur^N

1070 Wien
Neubaugasse 18
brillenmanufaktur.info

SCHAFENET



INTEGRATIONS WERKSTATT

Unsere praxisnahen Lehrgänge geben Ihnen Wissen, Methoden und Haltung, um Vielfalt in Bildung, Arbeit und Gesellschaft professionell zu begleiten.

**VIELFALT
ermöglichen,
fördern,
vermitteln!**

Informieren Sie sich über die berufsbegleitende Lehrgänge der Integrationswerkstatt:

- **DIVERSITY FACILITATOR**
- **TRAINER*IN MIT DIVERSITY-KOMPETENZEN**
- **INTEGRATIONSCOACH** (interkulturelle Kompetenzen)
- **JUGENDCOACH** (Training & Beratung für junge Menschen)

INFOABEND: 23.09.2024, 18:30 Uhr



Lehrgangszeitraum: 17.10.2024 – 14.02.2025
Kursförderungen durch den WAFF möglich

Jetzt informieren & anmelden!

www.integrationswerkstatt.at

NACHGEFRAGT

„Wir wollen verhindern, dass Familien im Park schlafen müssen“

Im Frühjahr schloss die blau-schwarze Landesregierung in der Steiermark eine Notschlafstelle für vertriebene Ukrainer:innen. Einige Betroffene mussten daraufhin auf der Straße übernachten. Christian Taucher, Pressesprecher der Caritas Steiermark, spricht über die Folgen und mögliche Lösungen.

INTERVIEW: MILENA ÖSTERREICHER

Die Caritas hat in Graz im Auftrag des Landes Steiermark eine Notschlafstelle für vertriebene Ukrainer:innen betrieben. Im Mai hat die blau-schwarze Landesregierung den Vertrag gekündigt. Wie ging es weiter?

Wir haben ein Übergangsquartier mit rund 50 Notbetten betrieben. Im April sind jedoch bis zu 200 Menschen dort untergebracht gewesen, daraufhin mussten wir einen Aufnahmestopp verhängen. Zwei Monate später hat uns die Landesregierung aufgefordert, das Quartier ganz zu schließen. Nach der Schließung gab es immer wieder Phasen, in denen viele Menschen aus der Ukraine in Graz ankamen und den Vertriebenen-Status beantragten. Wegen der Wartezeiten auf ein Grundversorgungsquartier kam es immer wieder vor, dass dann auch Familien für ein paar Tage obdachlos waren.

Warum braucht es ein Notschlafquartier speziell für Ukrainer:innen?

Ukrainer:innen, die vertrieben wurden, haben einen anderen Rechtsstatus als andere Geflüchtete. Sie müssen kein Asylverfahren durchlaufen, sondern warten nach ihrer Registrierung auf eine Zuweisung in ein Grundversorgungsquartier. Das dauert im Schnitt ein bis drei Tage. Für genau diesen Zeit-



Solange der Krieg in der Ukraine andauert, braucht es Lösungen für die Vertriebenen, betont Taucher.

raum gab es unsere Notbetten: für alle, die keine andere Unterkunftsmöglichkeit hatten. Andere Geflüchtete kommen in ein Erstaufnahmezentrum.

Was ist mit den Ukrainer:innen passiert, die nach der Schließung teils auf der Straße gelandet sind?

Einige konnten bei Bekannten oder Freund:innen unterkommen. In der Bahnhofsmission der Caritas haben wir zumindest eine Grundversorgung mit Lebensmitteln sichergestellt. Aber insgesamt ist die Situation sehr unbefriedigend. Gerade im Juli sind wieder mehr Menschen mit kleinen Kindern gekommen.

Wie viele Menschen waren von der temporären Obdachlosigkeit betroffen?

Exakte Zahlen haben wir leider nicht. Aber solange der Krieg andauert, wird

es eine Überbrückungsmöglichkeit brauchen, wenn diese Menschen in der Steiermark ankommen.

Warum konnten sie nicht in anderen Einrichtungen untergebracht werden?

Wir haben es versucht, aber die meisten Quartiere sind voll und viele sind für Kinder nicht geeignet. Immerhin konnten wir mit Lebensmitteln und Dolmetschdiensten unterstützen.

Das Büro des zuständigen Landesrats Hannes Amesbauer (FPÖ) hat die Schließung mit hohen Kosten begründet. Die Steiermark müsse jährlich rund 50 Millionen Euro für Menschen aus der Ukraine aufbringen, was in Zeiten der Budgetkonsolidierung nicht tragbar sei. Wie soll es nun weitergehen?

Ohne Unterstützung ist so ein Notquartier für uns derzeit finanziell nicht machbar. Aber es gibt einen Lichtblick: Mehrere Hilfsorganisationen arbeiten gerade gemeinsam daran, Plätze für diese Übergangsphase bereitzustellen. Wir gehen davon aus, dass es bald eine Lösung gibt. Unser Ziel ist klar: Wir wollen verhindern, dass Familien mit kleinen Kindern ein oder zwei Nächte in einem Park, in einem Abbruchhaus oder sonstwo verbringen müssen.

NGOs im Visier

In Diktaturen werden unabhängige NGOs als Staatsfeinde behandelt. Dass sie jetzt auch in Österreich ins Visier genommen werden, ist alarmierend.

TEXT: ALEXANDER POLLAK



Illustration: Petja Dimitrova

Demokratien zeichnen sich durch freie Wahlen, Gewaltenteilung, Rechtsstaatlichkeit, Grund- und Menschenrechte, Meinungs- und Versammlungsfreiheit, Pressefreiheit sowie durch eine aktive zivilgesellschaftliche Beteiligung aus. Letzteres erfolgt oft durch die Gründung von gemeinnützigen Vereinen, die zu den Nichtregierungsorganisationen (NGOs) gezählt werden. Die Arbeit solcher NGOs gehört mit zu den tragenden Grundsäulen von Demokratien.

Im Alltag sind diese NGOs nicht nur als soziale Dienstleister aktiv, sie fungieren oftmals auch als kritische Kontrollinstanzen gegenüber staatlichem Handeln. Und sie wirken Unrecht, Korruption, politischer Irreführung und autoritären Tendenzen entgegen. NGOs stärken darüber hinaus denjenigen in der Bevölkerung den Rücken, die im Machtgefüge eine schwache Position haben. Das macht NGOs zu Akteuren, die für die Politik sehr lästig sein können, insbesondere für eine Politik, die Grund- und Menschenrechte beschneiden, Sozialabbau betreiben oder sich Schritt für Schritt von der Demokratie abwenden will.

Diktaturen, wie beispielsweise Russland, gehen mit massiver Repression und Verboten gegen Nichtregierungs-

organisationen vor. Länder, die sich in Richtung eines autoritären Systems bewegen, wie beispielsweise Ungarn, arbeiten mit Diffamierungskampagnen gegen NGOs und verabschieden Gesetze, die ihnen die Arbeit erschweren. So plant die ungarische Regierung aktuell ein Gesetz, das alle NGOs treffen würde, die auch Fördergelder und Spenden von Personen und Institutionen aus anderen Ländern beziehen. Das Gesetz sieht vor, dass sich die betreffenden Organisationen die Gelder erst von der ungarischen Anti-Geldwäsche-Behörde genehmigen und ihre Bankkonten überprüfen lassen müssen. NGOs werden damit unter Generalverdacht gestellt. Bei Nichtbefolgen werden extreme Strafen und Sanktionen angedroht. Die EU-Kommission spricht in Bezug auf das geplante ungarische Gesetz von „einem schwerwiegenden Verstoß gegen Prinzipien und Recht der EU“. Erschreckenderweise gibt es auch in Österreich politische Kräfte, die die ungarische Regierungspolitik und damit die Abkehr vom System einer liberalen Demokratie als Vorbild sehen. Anfang dieses Jahres startete die FPÖ eine umfassende Anti-NGO-Kampagne. Die Partei lancierte Anfragen im Parlament und im Wiener Landtag, in denen sie diverse Organisationen, darunter auch

SOS Mitmensch, scharf attackierte und teilweise sogar in die Nähe krimineller Aktivitäten rückte.

Nachdem die erste Welle an Attacken ohne Erfolg blieb, wurde von der FPÖ eine weitere, noch größere, Angriffswelle gestartet. Zufall oder nicht: Nur wenige Tage später veröffentlichte die Kronen Zeitung einen großen Bericht, wonach EU-Millionen bei österreichischen NGOs „versickern“ würden. Es folgten weitere Berichte, die insbesondere auf den Aussagen eines FPÖ-EU-Abgeordneten fußten. Die Medienanalyse-Plattform „kobuk“ spricht von „Mustern, die typisch für Kampagnenjournalismus sind: einseitige Quellenauswahl, emotionale Sprache, wiederholte Stereotype und ein klar erkennbares Ziel: zivilgesellschaftliche Organisationen zu delegitimieren“. Konkrete Missstände bei der Mittelverwendung durch einzelne NGOs wurden demgegenüber nicht aufgedeckt.

Tatsache ist: Die Arbeit von Nichtregierungsorganisationen, egal ob mit oder ohne staatliche Förderung, ist immens wertvoll für die Demokratie und die Gesellschaft. Ohne diese Arbeit wäre eine positive Zukunft undenkbar. Die zunehmenden pauschalen Angriffe auf NGOs sind daher nicht nur falsch, sie sind alarmierend.

sosmitmensch

TEXT: ALEXANDER POLLAK, MAIKO SAKURAI

ASYL**Vor 10 Jahren hier angekommen!**

Die große Fluchtbewegung vor 10 Jahren ist ungebrochen Diskussionsthema. Von den Menschen, die 2015 ankamen, haben inzwischen zwei Drittel eine zumindest temporäre Beschäftigung gefunden. Es zeigt sich: Eine gelebte Kultur der Menschlichkeit und der Hilfsbereitschaft ist der stärkste Motor für ein gutes Ankommen. So berichtet der aus Syrien geflüchtete Mourdar Mouhammed: „Das Ankommen war geprägt von Unsicherheit, Isolation und Hoffnungslosigkeit. Ich hatte kein Geld, keine Sprache, keine Perspektive. Doch es gab Menschen, die uns besuchten, zuhören wollten, sich kümmerten – das war der Anfang meiner



10-Jahre-danach-Porträtserie von SOS Mitmensch.

Integration.“ Heute arbeitet er als Manager bei einer Bank in Wien. Die aus dem Irak geflüchtete Kurdin Shajwan Qadir musste sechs Jahre auf eine Aufenthaltserlaubnis warten. Sie machte eine Ausbildung zur Pflegeassistentin, die sie anfangs nicht abschließen durfte. Inzwischen arbeitet sie in einem Altenheim. „Man ist immer verbunden mit dem Ort, an dem man geboren wurde. Aber unser neues Zuhause

ist jetzt hier“, sagt sie. Zaifulla Nazari flüchtete aus Afghanistan. Er hätte gerne eine Lehre gemacht, doch er durfte nicht. Er hat es dennoch geschafft, eine Arbeit zu finden, die ihm Freude macht. „Ich kenne jede Straße dieser Stadt“, erzählt der in Linz lebende Briefzusteller.

Auf www.hierangekommen.at geben Geflüchtete Einblicke in ihre Erfahrungen, Sorgen, Erfolge und Wünsche.

ANTISEMITISMUS**Antisemitische Verschwörungstheorien auf FPÖ-gefördertem Kanal**

80 Jahre nach Ende der Naziherrschaft werden wieder haarsträubende antisemitische Verschwörungstheorien in einem österreichischen Medium propagiert. Die FPÖ trägt dafür eine Mitverantwortung. Denn wie zuvor schon bei der antisemitischen „Aula“ fördert die FPÖ auch jetzt wieder einen Kanal, der Antisemitismus schürt. Der von der FPÖ mit Inseraten und Auftritten unterstützte rechtsextreme Kanal „AUF1“ bot kürzlich einem Verschwörungstheoretiker eine Plattform, um in absurder Verdrehung der Realität Juden als Profiteure der bei-



Screenshot belegt FPÖ-Inserate auf antisemitischem Kanal.

den Weltkriege und eines bevorstehenden „dritten Weltkrieges“ darzustellen. Er brachte Juden in schlimmster antisemitischer Tradition mit „Hintergrundmächten“ und den „wahren Feinden“ Österreichs und Deutschlands in Verbindung.

Der Betreiber von „AUF1“, Stefan Magnet, der früher in der österreichischen Neonaziszenz rund um den „Bund freier Jugend“ aktiv war, ordnete die von seinem Gesprächspartner aufgetischten antisemitischen Verschwörungsgeschichten als Teil der „Aufklärungsarbeit“ seines Kanals ein.

Man kann nicht oft genug betonen: Antisemitische Wahnideen sind eine Gefahr für Menschen und ein zerstörerisches Gift für Gesellschaften. Wer Kanäle fördert, die solchen Wahn verbreiten, darf nicht mit politischer Macht belohnt werden.

DEMOKRATIE

Achtung: Anti-NGO-Kampagne!

Seit vielen Jahren setzen sich Nichtregierungsorganisationen (NGOs) für Transparenz bei der Vergabe von staatlichen Geldern ein. Jetzt wird von politischen und medialen Akteur:innen ausgerechnet NGOs pauschal unterstellt, sie würden intransparent kassieren und Geld würde bei ihnen „versickern“.

Dabei leisten NGOs, egal, ob sie ihre Arbeit durch Spenden oder durch Förderungen finanzieren, extrem Wertvolles, sei es bei der Rettung von Menschenleben, bei Projekten im Sozialbereich, beim Umweltschutz, der Stärkung der Demokratie, dem Voranbringen von Frauenrechten oder beim Bekämpfen von Hass und Diskriminierung.

Seit Inkrafttreten des Informationsfreiheitsgesetzes am 1. September muss in Österreich jede staatliche Förderung über 1.500 Euro öffentlich gemacht werden. Auch alle EU-Gelder, die NGOs er-



Angriffe auf NGOs nehmen zu.

halten, sind öffentlich auf einer Webseite einsehbar. Der EU-Rechnungshof kritisiert, dass die Auflistung der Projekte noch besser ginge. Diese Kritik ist ernst zu nehmen, doch die FPÖ und einige Medien versuchen daraus eine Anti-NGO-Kampagne zu basteln. Auf dem Medienwatchblog „kobuk“ wird diese Kampagne analysiert und klar differenziert zwischen den berechtigten Einmahnungen von Verbesserungen und den nun stattfindenden falschen Stimmungsmache gegen NGOs. Anti-NGO-Kampagnen sind nicht harmlos. Sie können ein erstes Anzeichen einer erodierenden Demokratie sein.

RECHTSEXTREMISMUS

Brisanter „Aula“-Prozess

Im September findet der Wiederbetätigungs-Prozess gegen den ehemaligen Chefredakteur der rechtsextremen „Aula“ statt. SOS Mitmensch hatte bereits im Dezember 2018 eine Anzeige wegen des Verdachts der nationalsozialistischen Wiederbetätigung bei der Staatsanwaltschaft Graz eingebracht und ein 300 Seiten starkes Dossier übermittelt. Der Prozess ist hochbrisant. Nicht nur war der Angeklagte jahrelang FPÖ-Bezirkspolitiker. Es haben darüber hinaus große Teile der FPÖ-Parteiführung das mit Neonazis sympathisierende rechtsextreme Magazin unterstützt.

So hat etwa das FPÖ-Bildungsinstitut unter der damaligen Führung von Herbert Kickl Inserate in der „Aula“ geschaltet, noch nachdem das Magazin KZ-Überlebende beschimpft hatte. Auch FPÖ-Politiker wie Manfred Haimbuchner oder Harald Vilimsky haben die „Aula“ mittels Inseraten gefördert. Walter Rosenkranz und Mario Kunasek haben früher in der „Aula“ publiziert. Im Juni 2018 wurde das Magazin eingestellt. Ein 2019 unter Beteiligung von FPÖ-Politikern unternommener Versuch, es wiederzubeleben, scheiterte an öffentlichen Protesten.

Wir fordern menschenrechtsbasierte Asylpolitik!

Zahlreiche österreichische Nichtregierungsorganisationen haben die Bundesregierung aufgefordert, im Asylbereich Menschenrechte zu achten und destruktive Negativkampagnen einzustellen. Statt einer Politik der Stimmungsmache braucht es Maßnahmen, die für Schutz, Verantwortung, Solidarität und Menschlichkeit stehen!

Rekordstand bei FPÖ-Rechtsextremismus

Ein aktueller Bericht von SOS Mitmensch zeigt, dass die Dichte an rechtsextremen Verflechtungen der FPÖ im ersten Halbjahr 2025 ein neues Rekordniveau erreicht hat. In diesem Zeitraum haben wir über 90 Vernetzungs- und Förderaktivitäten in Bezug auf rechtsextreme Szenen registriert. Die Radikalisierung beschleunigt sich weiter.

Danke für großartige Jubiläumsauktion!

Die 25. Benefizauktion zeitgenössischer Kunst zugunsten der Menschenrechtsarbeit von SOS Mitmensch war ein großer Erfolg! Dank der vielen gespendeten Werke renommierter Künstler:innen und den vielen eingegangenen Geboten konnten wir heuer wieder ein sehr starkes Ergebnis erzielen. Wir danken allen Beteiligten sehr herzlich!



Auch im kommenden Jahr wieder: Benefizauktion von SOS Mitmensch.

„AN ÖSTERREICH BIN ICH IMMER GESCHEITERT“

Der deutsche Politikwissenschaftler und „FragDenStaat“-Leiter Arne Semsrott im Gespräch über Demokratien, die zunehmend unter Druck geraten, Widerstand gegen autoritäre Angriffe und was Österreich noch von Deutschland lernen kann.

Interview: Milena Österreicher

Was macht Ihnen derzeit die größten Sorgen, wenn es um den Zustand der Demokratie geht?

Was macht mir keine Sorgen? Das wäre wohl die passende Gegenfrage. Wir sehen vom Kleinen bis ins Große bedenkliche Entwicklungen: Angriffe auf die Rechtsstaatlichkeit und auf die Zivilgesellschaft sowie autoritäre Politiker:innen, die an Einfluss gewinnen. In Deutschland ist die Lage teils noch weniger dramatisch als in anderen Ländern in Europa. Österreich, Ungarn oder die Slowakei sind hier deutliche Negativbeispiele. Aber insgesamt beobachten wir überall einen gefährlichen Trend: Errungenschaften der vergangenen Jahrzehnte gelten nicht mehr als selbstverständlich, sie werden infrage gestellt und angegriffen.



Arne Semsrott versteht nicht, wie es zu einer derartigen Normalisierung der FPÖ kommen konnte.

In Ihrem Buch „Machtübernahme – Eine Anleitung zum Widerstand“ (Droemer 2024) beschreiben Sie den fiktiven schrittweisen Umbau hin zu einem autoritären Staat, sollte die AfD in Deutschland an die Macht kommen. Wo sehen Sie heute Parallelen zur Realität?

Als ich das Szenario für das Buch entwarf, hielten viele es für übertrieben oder alarmistisch. Inzwischen hat die Realität Teile davon überholt. Ich beschrieb etwa, dass ein AfD-Innenminister Abschiebungen nach Afghanistan – also ins Terrorregime der Taliban – anordnen würde. Umgesetzt wurde das jedoch schlussendlich nicht von der AfD, sondern von der Ampelkoalition in Deutschland, der vergleichsweise liberalen Vorgängerkoalition der aktuellen Regierung. Oder die Angriffe auf die organisierte Zivilgesellschaft, wo wir eine Debatte erleben, in der die Förderung von Demokratieprojekten und Organisationen für Vielfalt und Gleichberechtigung zunehmend diskreditiert wird. Ziel ist es, ihnen staatliche Finanzierung – und damit auch gesellschaftliche Legitimation – zu entziehen. Diese Kampagne wurde von der AfD als Angriff auf vermeintlich „linke NGOs“ gestartet, wird aber inzwischen von der CDU fortgeführt. Diese stellte zu Jahresanfang die berühmt-berüchtigte „Kleine Anfrage“ zur Finanzierung solcher Organisationen im Bundestag. Das Muster ist klar: Zivilgesellschaftliches Engagement soll delegitimiert werden, um Protest, Kontrolle und öffentliche Kritik zum Verstummen zu bringen und Widerstand potenziell auszuschalten. Wir sehen in einigen politischen

Bereichen, dass es auf eine gewisse Art noch gefährlicher ist, wenn AfD-Politik von anderen Parteien umgesetzt wird, weil dann die Opposition dagegen noch viel kleiner ist. Die letzten Monate und Jahre haben gezeigt: Rechtsruck bedeutet nicht nur, dass die AfD oder andere rechtsextreme Parteien sich radikalisieren, sondern auch, dass deren Positionen von Parteien der vermeintlichen Mitte übernommen werden.

Wie bewerten Sie den Umgang mit der FPÖ in Österreich?

Österreich ist Deutschland in dieser Entwicklung quasi fünf bis zehn Jahre voraus. Die Art der Normalisierung der FPÖ, die man in Österreich sieht, gibt es

„MAN SIEHT HIER, DASS DIE EXTREME RECHTE NICHT ENTZAUBERT WIRD, INDEM SIE MITREGIERT.“

hier so noch nicht. Aber genau die Art, wie die FPÖ kommuniziert, wie sie mit anderen Parteien umgeht, welche Themen sie setzt, wie sie mit extrem rechten Akteuren der Zivilgesellschaft zusammenarbeitet, all das ist tatsächlich ein Vorbild für die AfD. Es gibt eine starke Vernetzung zwischen den beiden Parteien. Dafür gibt es ja tatsächlich auch schon historische Vorbilder.

Was kann Deutschland aus diesem „Negativbeispiel“ lernen?

Man sieht am Beispiel Österreich, dass die Idee, die extreme Rechte „zu entzaubern“, indem man sie mitregieren lässt, nicht funktioniert. Im Gegenteil: Eine Regierungsteilnahme verschiebt

Standards, schwächt Menschenrechte und macht vormals randständige Positionen mehrheitsfähig. Das ist die entscheidende Weggabelung, vor der wir in Deutschland nun stehen: Koaliert die Union demnächst mit der AfD, sei es im Bund oder vielleicht erstmals auch in einem Bundesland?

Trauen Sie sich eine Prognose zu?

Die Landtagswahl in Sachsen-Anhalt im September nächsten Jahres wird ein Schlüsselmoment. Bei der Bundestagswahl lag die AfD dort bei 37 Prozent, die Union bei 19 Prozent. Die AfD ist klar stärkste Kraft. Die Frage ist, ob es gelingt, eine Koalition aller anderen Parteien zu bilden oder ob die Union in irgendeiner Form mit den Rechtsextremen paktiert. Zumal es in Sachsen-Anhalt einen CDU-Landesverband gibt, wo führende Köpfe schon gesagt haben, man müsse jetzt mal das Soziale mit dem Nationalen verbinden. Wie man das genau nennen will, weiß ich nicht, vielleicht ist das dann Sozial-National. Wenn da der Damm bricht, dann ist er auch für den Bund und überall sonst gebrochen. Und dann drohen österreichische Verhältnisse.

Die viel zitierte Brandmauer ist in Österreich schon einige Male eingebrochen. Gibt es andere Bereiche, wo Österreich noch von Deutschland lernen kann?

Ich bin Politikwissenschaftler, es ist in meiner Ausbildung gewesen, dass ich mich in komplexe Systeme einarbeiten muss. An Österreich bin ich jedoch immer gescheitert, ich verstehe dieses

Land nicht. Aber was mir Hoffnung macht und was ich in Deutschland besonders finde, ist, wie die progressive Zivilgesellschaft immer wieder mobiliert. Wir hatten die größten Proteste in der Geschichte der Bundesrepublik in den letzten Jahren für die Demokratie und für Vielfalt. Es gibt überall in Deutschland demokratische Kerne, also Initiativen, die sich für ein besseres Land engagieren. Das, was dabei noch fehlt, ist ein Ort im politischen Raum, wo dieses Potenzial dann auch in konkrete Aktionen umgesetzt wird. Aber die Mobilisierungsmacht der Zivilgesellschaft ist ein großer Schatz.

Was verstehen Sie denn an Österreich nicht?

Ich bin seit der Haider-Zeit tatsächlich komplett verblüfft über die Form der Normalisierung der extremen Rechten bis hin zur Bereitschaft – selbst in der SPÖ – auf Bundes- oder Landesebene eine gemeinsame Sache zu machen. Vielleicht fehlt mir der Zugang zur politischen Kultur in Österreich: Aber auch die Art, wie man gesamtgesellschaftlich zum Beispiel Sebastian Kurz gefolgt ist, egal, was er gemacht hat und mit wem er Koalitionen eingegangen ist, das fand ich schon immer erstaunlich, weil ich es eigentlich offensichtlich fand, dass das für das Gemeinwesen das Falsche ist. Aber da mag es bestimmte kulturelle Zugänge geben, die ich ganz einfach nicht habe.

Sie haben vom Mobilisierungspotenzial der Zivilgesellschaft gesprochen. Letztes Jahr sind Millionen Menschen in Deutschland und Tausende in Österreich auf die Straße gegangen nachdem Berichte über ein Treffen in Potsdam bekannt wurde, wo führende Köpfe der rechten Szene – u. a. AfD-Politiker sowie Mitglieder



Protest alleine sei nicht genug, es brauche Orte des Zusammenkommens, wie Sozialsprechstunden oder Repair-Cafés.

der Identitären Bewegung aus Österreich – einen Plan zur massenhaften Vertreibung von Menschen mit Migrationshintergrund diskutierten. Was ist von diesen großen Protesten aber wirklich geblieben?

Tatsächlich hat es keine einzige politische Maßnahme als Reaktion darauf gegeben, was verblüffend ist, da es die größten Proteste in der Geschichte

**„NACH DEN PROTESTEN
WURDEN ZIG INITIATIVEN
GEGRÜNDET, DIE DEMOKRA-
TIEARBEIT MACHEN.“**

der Bundesrepublik waren. Im Gegensatz dazu gab es zwei Wochen zuvor die Bauernproteste mit vielleicht 6.000 Bauern und ihren Traktoren auf der Straße, die es geschafft haben, eine Gesetzesänderung durchzudrücken (Anm. d. Red.: eine teilweise Rücknahme der geplanten Steuermaßnahmen). Was aber ein nachhaltiger Erfolg der Proteste ist: Es gibt jetzt überall in Deutschland gestärkte zivilgesellschaftliche Strukturen. Ich war

mit meinem Buch in vielen Orten landesweit, wo mich Initiativen eingeladen haben, die sich in Folge dieser Proteste gegründet hatten und seither Demokratiearbeit machen. Es gibt in fast jedem kleinen Kaff in Deutschland inzwischen eine Omas gegen Rechts-Gruppe. Und das macht etwas mit der Gesellschaft: Das verändert die Art, wie die Leute miteinander umgehen. Das ist dann wiederum auch eine Mobilisierungsbasis für weitere Proteste und politische Arbeit. Es ist jetzt nur der entscheidende Punkt, wie man das auch in konkrete politische Veränderungen ummünzt.

Wie können diese aussehen?

Wichtig ist, nachhaltige Strukturen aufzubauen. Das können Sozialsprechstunden, Repair-Cafés und andere Räume sein, in denen Menschen zusammenkommen und aktiv werden. Die extreme Rechte hat in Ostdeutschland erfolgreich diese vorpolitischen Räume besetzt. Dem muss eine offene, demokratische Infrastruktur entgegengesetzt werden. Protest ist wichtig, aber es ist auch wichtig, daneben auch immer etwas Materielles zu schaffen. Das ist der Schlüssel dafür, dann auch eine gewisse Gegenmacht zu organisieren.

Sie unterstreichen im Buch die Forderung nach einem Demokratiefördergesetz. Was soll ein solches leisten? Wie Straßen oder Brücken braucht auch die Demokratie verlässliche Infrastruktur. Initiativen, die diese Arbeit leisten, sind derzeit aber oft in einjährigen Projektzyklen gefangen, sodass ein Großteil ihrer Arbeit darin besteht, ständig neue Mittel beantragen zu müssen. Das lädt mehr, als es hilft. Ein Demokratiefördergesetz sollte langfristige, stabile Finanzierung sichern – ohne inhaltliche Abhängigkeit vom Staat. Kultur- und

Kunstförderung zeigen, dass so etwas möglich ist. Auch Skandinavien hat das durch ähnliche Initiativen gezeigt. Wir sehen insbesondere im ländlichen Raum, dass Demokratie von unten gemacht wird. Da braucht es nachhaltige Strukturen, damit Menschen zusammenkommen und für das Gemeinwohl arbeiten.

Inwieweit lassen sich auf politischer Ebene demokratische Institutionen vor anti-demokratischen Kräften schützen?

Man kann sich eine Demokratie natürlich nicht zurechtfördern und man kann sie auch nicht komplett sicher gegen ihre Feinde machen. Es ist immer eine gesamtgesellschaftliche Aushandlung, Demokratie muss immer neu erkämpft werden. Das heißt jedoch nicht, dass man einfach abwartet und schaut, was die Gesellschaft so macht. Man kann Strukturen, die demokratisch sind, besser fördern und man kann Institutionen besser schützen, indem man zum Beispiel Rahmenbedingungen schafft, die von einer neuen Regierung nicht einfach so umgeworfen werden können: also Unabhängigkeit von bestimmten Behörden stärken, damit diese im Rahmen eines Machtwechsels nicht einfach mit einem Fingerzeig geändert werden können, oder die Besetzung von wichtigen Gerichten wie dem Bundesverfassungsgericht so ausgestalten, dass dieses Prozedere nur schwer geändert werden kann. Wichtig ist, den Weg für autoritäre Machthaber:innen so steinig wie möglich zu machen und gleichzeitig gesellschaftliche Gegenmacht zu organisieren.

Sie leiten auch das Projekt „Frag den Staat“. Über diese Plattform können Bürger:innen unkompliziert Anfragen nach dem deutschen Informationsfrei-



Semsrott erklärt, wie Beamten, Gewerkschaften oder Unternehmen autoritären Machtübernahmen begegnen können.

heitgesetz an Behörden stellen. In Österreich ist nun nach jahrelangen Debatten seit 1. September ein Informationsfreiheitsgesetz in Kraft. Welche Rolle spielt Informationsfreiheit für Demokratien?

Die Washington Post hatte jahrelang den Slogan „Democracy dies in darkness“ – die Demokratie stirbt im Dunkeln. Da ist etwas Wahres dran. Trans-

„WIR SOLLTEN MENSCHLICH MITEINANDER SEIN, AUCH DAS IST AKTUELL EIN TEIL VON WIDERSTAND.“

parenz ist eine Grundvoraussetzung, um Macht zu kontrollieren und Widerstand zu ermöglichen. Wir haben zum Beispiel ein paar Tausend Dokumente zur Nord Stream Pipeline veröffentlicht und aufgezeigt, wie Lobbyismus insbesondere aus Russland dazu geführt hat, dass die Pipeline zwischen Russland und Deutschland gebaut wurde und bis zum Ukraine-Krieg immer weiter verfolgt wurde.

Wir haben insgesamt über unsere Plattform knapp 300.000 Anfragen, die an den Staat gestellt wurden. In jeder dieser Anfragen gab es eine:n Bürger:in, die etwas vom Staat wissen wollte und mit ihrem Recht den Staat dazu gebracht hat, diese Informationen rauszugeben. Ich glaube, allein dieser Prozess hat schon einen Wert in sich, dass Leute sich nicht einfach nur als Untertan:innen empfinden und es hinnehmen müssen, wenn die Politik etwas macht. Sie haben so selbst Rechte, die sie einfordern können. Das ist eine ganz wichtige Basis, um demokratisches Engagement nach vorne zu bringen.

Transparenz allein reicht jedoch nicht. Donald Trump zeigt in den USA gerade, dass auch offengelegte Absichten nicht unbedingt verhindern, dass sich autoritäre Politik durchsetzt. Doch ohne Transparenz fehlt eine wichtige Grundlage für demokratisches Handeln.

Eines der Abschlusskapitel in Ihrem Buch trägt den Titel „Prepping for Future“. Wie wappnen wir uns für eine demokratische Zukunft?

Wichtig ist, sich klarzumachen, dass es selbst, wenn es irgendwann zu spät erscheinen mag, es einfach nie zu spät ist. Es gibt nicht diesen einen Moment, an dem man nichts mehr tun kann, sondern es geht immer etwas. Auch inmitten von Verzweiflung und von Ohnmacht kann man sich umschauen und wird Tausende Menschen sehen, denen es ähnlich geht. Am besten man schließt sich dort an, wo sich Menschen bereits engagieren. Und wir sollten dafür kämpfen, dass wir menschlich miteinander sind. Selbst das ist in diesen Zeiten schon ein Teil von Widerstand und ein sehr guter Anfang. Und das kann tatsächlich jede Person tun, selbst in den dunkelsten Zeiten.



WIDER DEN NEUEN AUTORITARISMUS

Warum der Osten und Westen Europas im Kampf um Demokratie und Freiheit zusammenfinden müssen.

Kommentar: Vedran Džihic

Vielleicht muss man den berühmten ersten Satz von Karl Marx und Friedrich Engels aus dem Kommunistischen Manifest bemühen, um den tiefen Wandel und die Unsicherheiten unserer Zeit zu beschreiben. Ein Gespenst geht wieder um in Europa – das Gespenst des Autoritarismus und neuen Nationalismus, seit dem Beginn des russischen Aggressionskrieges gegen die Ukraine auch das Gespenst des Krieges.

Im Inneren der westeuropäischen Gesellschaften ist dieses Gespenst ein Symbol für ein Sammelsurium von xenophoben Nationalisten, Autoritären aller Couleur und Rechtsextremen, die mit ihren Heilsversprechen und ihrer Politik mit der Angst viele Menschen, gerade jene die verunsichert und ängst-

lich sind, in ihre Bahn ziehen. Die demokratischen Kräfte trösten sich weiterhin, dass der Spuk dieser autoritären Bedrohung doch letztendlich vorbeiziehen wird, ohne dass unsere Demokratie und Freiheit einen Schaden nehmen. Man übersieht dabei oft, dass durch den

AB WANN SÄGT MAN DURCHS WEGSCHAUEN AN DEN EIGENEN DEMOKRATI- SCHEN WERTEN?

mittlerweile alltäglichen und durch den politischen Mainstream normalisierten anti-demokratischen Tabubruch schnell die Grenze des Sagbaren, Denkbaren und Machbaren verschoben wird. Die Frage, die sich aufdrängt und für die Zukunft der europäischen demokra-

schen Gesellschaften entscheidend ist, ist schlicht: Wo sind die Grenzen dessen, was man noch ungesagt und ungesehen geschehen lässt, bevor man durchs Wegschauen an den eigenen demokratischen Werten und der Freiheit sagt?

Der erwähnte Tabubruch findet schon längst seine internationale Fortsetzung. Donald Trumps neue Präsidentschaft hält bislang, was uns Trump im Wahlkampf versprochen hat – wir beobachten eine negative Qualität des Tabubruchs. Jenseits von Trump'schen Allmachtsphantasien in den USA pulsiert weltweit – so wie es Ann Applebaum in ihrem Buch „Achse der Autokraten“ beschreibt – die autoritär-nationalistische Internationale.

Eines der zentralen Vorbilder der vielen

autoritären Despoten unserer Zeit ist ein Mitgliedsland der EU und Österreichs Nachbarstaat: Ungarn unter Viktor Orbán. In einem schmalen Büchlein der vor einigen Jahren verstorbenen ungarischen Philosophin Agnes Heller „Paradox Europa“ fasst sie das Wesen der neuen pragmatischen Autokraten und ihrer Jünger mit einem Blick auf ihre Heimat Ungarn in einem Satz zusammen: „Geblieben sind nur gehorsame Lakaien, zynische Opportunisten und schlichte Schurken. Sie haben keinerlei Ideen oder Ideologien, oder besser gesagt: Ihre Ideen passen sich dem täglichen Bedarf an.“ Wenn man diese Zeilen, mit denen Agnes Heller den Aufstieg und Aufbau des Autoritarismus in Ungarn durch Viktor Orbán und seine FIDESZ beschreibt, etwas universeller anwendet, landet man gleich beim autoritären Grundmuster zur Umgestaltung von Gesellschaften und Zerstörung der Demokratie, das wir in Serbien und in der Türkei unter Vučić und Erdoğan in den letzten zehn bis fünfzehn Jahren erlebt haben, bei den Methoden des slowakischen Premierministers Robert Fico oder der Regierung in Georgien, die seit einiger Zeit mit brutaler Polizeigewalt und im Gleichklang mit Moskau den demokratischen Kräften und Protestierenden die Luft zum Atmen nimmt. Klar, der autoritative Wind der willkürlichen Umgestaltung und Zersetzung der US-amerikanischen Demokratie durch Donald Trump und seine Administration, der Europa über den Atlantik ins Gesicht bläst, darf hier nicht vergessen werden. Der ohrenbetäubende Lärm der Autokraten erzeugt ein Hintergrundrauschen, wie Kathrin Röggla in ihrem jüngsten Buch „Nichts sagen. Nichts hören. Nichts sehen“ beschreibt, um in diesem Rauschen einiges zu versenken, zuallererst wohl die Demokratie

– Rechtsstaatlichkeit, eingespielte Institutionen und Checks and Balances, Grund- und Menschenrechte und letztlich auch Freiheit und Gerechtigkeit als zentrale Pfeiler demokratischer Gesellschaften.

Der Anstieg der Autokratisierung wurde vor allem in Europa, sowohl im europäischen Osten, aber auch im eigentlichen Westen, durch Ressentiments gegenüber ebendiesem Westen und den Normen und Werten Westeuropas angeheizt, was sich beispielsweise in der Kritik an Brüssel und der scharfen Kritik am liberalen „Deep State“ zeigte. Von Le Pens Front National über die Freiheitliche Partei Österreichs, Geert Wilders’ Freiheitspartei in den Niederlanden, Giorgia Melonis Fratelli d’Italia bis hin zur AfD in Deutschland haben wir es heute mit einer starken nationa-

erratischen Kurs von Donald Trump, der zwischen fast schon romantisierender Zuneigung zu Putin und vorgeblichen Drohungen Richtung Moskau changiert, dürfen die EU und demokratische Staaten im Westen vor dem Tyrannen in Moskau und einer Politik des aggressiven autoritären Neoimperialismus nicht klein beigegeben. Die neue Debatte über die europäischen Verteidigungs- und Sicherheitsfähigkeiten – demokratisch legitimiert und immer institutionell eingehetzt – ist angestossen. Noch wichtiger ist es, dass wir darüber diskutieren, wie wir den autoritären und revisionistischen Mächten – jenen in unserem europäischen Kreis und auch jenen außerhalb – begegnen und damit unsere liberal-demokratische Lebensweise schützen können.

In dieser neuen Debatte kommen wichtige Antworten und liberal-demokratische Impulse aus Osteuropa. Polen, die baltischen Staaten und Nationen, die sich gegen Russlands revisionistische Machtübernahme wehren, wie zum Beispiel Moldawien, lehren uns, wie wir stark bleiben und gleichzeitig eine starke, verteidigungsfähige und dennoch liberal-demokratische Antwort auf die Bedrohung durch Russland formulieren können.

Eine andere enorm wichtige Inspiration für westliche liberal-demokratische Gesellschaften und Nationen kommt von Bürger:innen aus Ländern in Ost- und Südosteuropa, von denen Westeuropäer:innen dies am wenigsten erwartet hätten – aus Serbien, Ungarn, der Slowakei oder Georgien. Proteste und demokratische Bewegungen gegen autoritäre Regime in diesen Ländern, denen nach wie vor mit Repressionen und Gewalt wie in Georgien und in diesem Sommer in Serbien begegnet wird, lehren uns, wie wir für das eintreten können, was zum Kernversprechen

WICHTIGE IMPULSE KOMMEN DERZEIT VON BÜRGER:INNEN AUS OST- UND SÜDOSTEUROPA.

listischen und autoritären Bewegung inmitten Europas zu tun, die das gesellschaftliche und politische Gesicht des Kontinents bereits jetzt maßgeblich verändert hat.

Wir stehen heute vor einer Welt, in der wir in Europa Antworten auf zwei dringende Fragen finden müssen: Wollen wir das westliche liberal-demokratische Modell retten und wie wollen wir das tun? Und wie sieht unsere Vision für den europäischen Kontinent und die EU aus, die in letzter Zeit eher einer erschütterten liberal-demokratischen Insel inmitten eines sich immer weiter ausbreitenden autoritären Meeres gleicht?

Bei der Suche nach Antworten müssen wir zunächst einen genaueren Blick auf die Ukraine werfen. Unabhängig vom



Politikwissenschaftler Vedran Džihić forscht zu Demokratietheorie, Europäischer Integration, Zivilgesellschaft und Protestbewegungen sowie Außenpolitik und Nationalismus.

liberal-demokratischer Gesellschaften gehört – für Freiheit, Rechtsstaatlichkeit, Grundrechte und Menschenwürde.

Als sich unlängst in Budapest trotz des Drucks und des Verbots durch die Orbán'sche Regierung Menschen aus Ungarn und ganz Europa bei der Pride versammelt hatten, war das ein enorm starkes und inspirierendes Zeichen des Widerstands und Muts. Man darf sich schlicht nicht dem Druck beugen und muss die Angst ablegen, wollten uns die vielen Zehntausenden Teilnehmer:innen der Budapester Pride sagen. Eine andere Quelle der Inspiration sind die Student:innen in Serbien, die die Proteste gegen das autoritär regierende Regime von Aleksandar Vučić anführen. Seit dem Einsturz eines Daches des Bahnhofs in Novi Sad im November 2024 kämpfen

sie mit Ausdauer, Kreativität und unter Anwendung von neuen innovativen demokratischen Formen der Beratung in öffentlichen Versammlungen und vor allem mit Enthusiasmus und Hoffnung für ein neues und besseres, ein demokratisches Serbien. Serbische

**ES GIBT KEINEN
PLATZ FÜR NAIVITÄT,
ABER DENNOCH
HOFFNUNG.**

Student:innen schwenken keine EU-Flaggen wie ihre jungen Kolleg:innen auf den Straßen von Tiflis in Georgien, aber sie kämpfen für europäische Werte und Normen. Sie tragen das Licht ihres Kampfes buchstäblich in die europäischen Hauptstädte, nach Straßburg und Brüssel, indem sie wie im April mit dem Fahrrad von Belgrad nach Brüssel

fahren oder wie Mitte Mai 2025 einen Ultramarathon nach Brüssel laufen. Die EU darf nun im Sommer 2025, als das Regime ab August auf massive Gewalt und eine neue Welle der Repression gegen Protestierende setzte, nicht schweigen und muss dem Machthaber in Belgrad klar vermitteln, dass Gewalt gegen eigene Bürger:innen mitten in Europa nicht akzeptiert werden kann und Konsequenzen hat.

Es ist nicht gesagt, dass dieses neue positive und inspirierende Licht der Proteste – von Serbien bis Georgien, ebenso wie in Ungarn und der Slowakei, aber auch in der Türkei nach der Inhaftierung des Istanbuler Bürgermeisters Ekrem İmamoğlu – zu schnellen politischen Veränderungen oder gar zu Regimewechsel führen wird. Es gibt keinen Platz für Naivität, aber dennoch Raum für Hoffnung. Durch den Widerstand gegen die russische Aggression und den neuen Revisionismus und Imperialismus, durch die Schaffung von Gegennarrativen zu Nationalismus und Chauvinismus, durch mutige Protestformen oder kreative Antworten auf gemeinsame demokratische Probleme und schließlich durch die Weigerung, sich dem Autoritarismus zu beugen, ist der Osten Europas zu einer neuen Quelle des Lernens und der Inspiration für ein gemeinsames und demokratisches Europa und darüber hinaus geworden. Die Verteidigung der Demokratie und unserer Freiheit ist das zentrale gesamteuropäische Projekt unserer Zeit, in dem der Osten und Westen Europas endlich zusammenwachsen können.

Vedran Džihić ist Politikwissenschaftler. Er forscht am Österreichischen Institut für Internationale Politik und lehrt an der Universität Wien und der Universität für angewandte Kunst in Wien.

DEMOKRATIE PER LOS

Immer mehr Menschen fühlen sich von der Politik nicht vertreten. Bürger:innenräte sollen das ändern: Per Losverfahren kommen Menschen zusammen, um über wichtige Zukunftsfragen zu sprechen. Kann dieses Format die Demokratie wieder näher zu den Bürger:innen bringen?

Text: Emilia Ilić

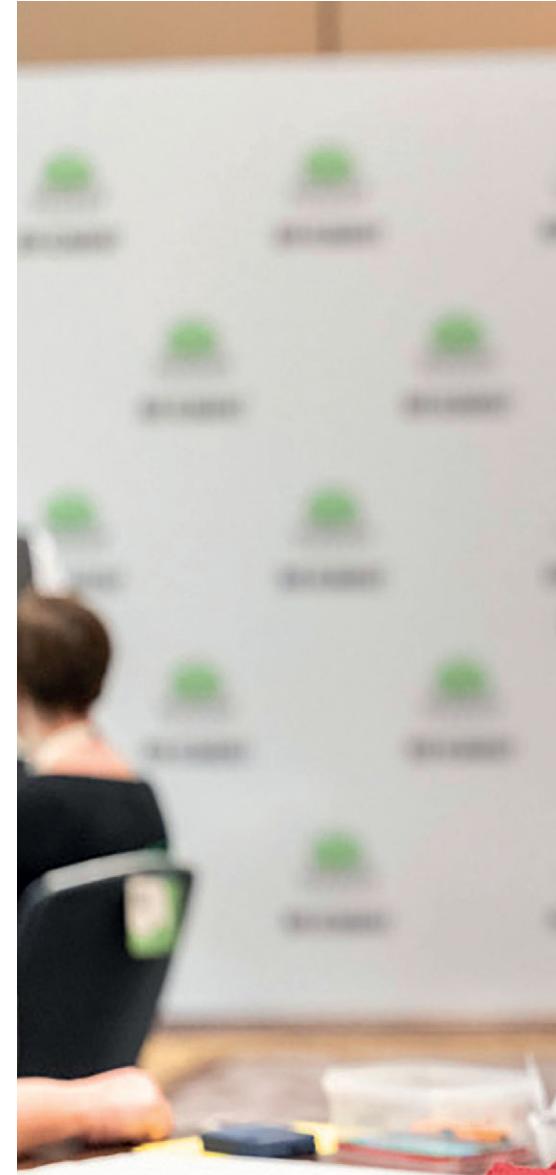
Das Vertrauen in die Demokratie schwindet – nicht nur in Österreich. Der weltweite Rechtsruck ist auch ein Ausdruck einer tiefliegenden Entfremdung: Immer mehr Menschen fühlen sich von Dauer Krisen gelähmt und ziehen sich in ihre eigenen Meinungsräume zurück. Viele Debatten finden nur noch in polarisierenden Online-Räumen und im eigenen Umfeld statt. Analoge Gespräche auf Augenhöhe, bei denen unterschiedliche Perspektiven aufeinandertreffen, sind zur Ausnahme geworden.

Nur 36 Prozent der Bevölkerung fühlen sich laut dem Demokratiemonitor 2024 im Parlament gut vertreten, sechs Jah-

re zuvor waren es noch 61 Prozent. Zufriedenheit mit dem politischen System hängt demzufolge am stärksten vom Einkommen ab. Während in der obersten Einkommensklasse 60 Prozent das

NUR 36 PROZENT DER BEVÖLKERUNG FÜHLEN SICH IM PARLAMENT GUT VERTREten.

politische System positiv sehen, sind es in der mittleren nur 48 Prozent. In der unteren teilen gerade einmal 21 Prozent diese Meinung. Auch das Gefühl mit politischer Beteiligung etwas verändern zu können, ist hier kaum vorhanden.



Die Gründe dafür liegen nicht nur in aktuellen Krisen. Bei Menschen mit niedrigem Einkommen kommen mehrere Faktoren zusammen: fehlende politische Repräsentation, begrenzte Ressourcen, niedriger sozialer Status und wenig gesellschaftliche Ankerkennung. Die Zahlen des Demokratiemonitors 2024 zeichnen ein deutliches Bild: Wer wenig hat, fühlt sich nicht nur schlechter vertreten, sondern auch machtlos. Was kann hier helfen?

Brauchen wir eine neue Demokratie?

Österreich ist eine repräsentative Demokratie: Die Bevölkerung wählt



Bürger:innenräte können den informierten Austausch, gegenseitiges Zuhören und das Abwägen unterschiedlicher Perspektiven stärken. Damit sind sie gelebte Demokratie.

Poltiker:innen, die sie vertreten. Das Demokratieverständnis reicht deshalb manchmal nur bis zur Wahlurne. Beim Prinzip der sogenannten deliberativen Demokratie hingegen geht es um mehr: informierte, respektvolle Diskussion und den Austausch unterschiedlicher Perspektiven. Das Prinzip geht über Mehrheitsentscheidungen hinaus und setzt auf Konsens, also gemeinsame, tragfähige Lösungen aller Beteiligten.

Bürger:innenräte sind ein Tool der deliberativen Demokratie. Unterschiedliche Menschen aus der Bevölkerung kommen zusammen, um über gesellschaftliche oder politische Fragen zu

sprechen. Das Ergebnis sind oft Handlungsempfehlungen für die Politik. Im Fokus stehen ein informierter Austausch, gegenseitiges Zuhören und das Abwägen von unterschiedlichen

„DIE RÄTE LIEFERN BREITERE UND REPRÄSENTATIVERE IDEEN ALS VIELE LOBBYS UND DAS PARLAMENT.“

Perspektiven – so sollen alle Beteiligten das gleiche Mitspracherecht haben. Um dies zu ermöglichen, braucht es entsprechende Rahmenbedingungen: finanziell, organisatorisch und zeitlich.

Wie läuft so ein Rat ab?

Am Anfang steht die Themenwahl: beispielsweise legt ein Ministerium fest, welches gesellschaftliche oder politische Thema im Prozess behandelt werden soll. Danach beginnt die Auslosung. Dabei werden Bürger:innen aus dem ganzen Land nach dem Zufallsprinzip ausgewählt, mit dem Ziel die Bevölkerung möglichst repräsentativ abzubilden. Die gezogenen Personen erhalten eine Einladung zur Teilnahme. Der Rat startet dann mit Inputs von Expert:innen aus der Wissenschaft, um im besten Fall alle Beteiligten auf einen Wissensstand zu bringen und so informiert diskutieren zu können. Der gesamte Prozess wird von einem professionellen Moderationsteam aufgesetzt und moderiert. In Kleingruppen wird gemeinsam an konkreten Vorschlägen gearbeitet. Am Ende des Prozesses stehen erarbeitete Handlungsempfehlungen zu dem Thema. Im nächsten Schritt werden diese an (politische) Entscheidungsträger:innen für die Umsetzung übergeben. Diese beraten, in welcher Form die Ergebnisse übernommen werden: vollständig, abgewandelt oder auch gar nicht. Der Bürger:innenrat liefert eine breit gestützte gesellschaftliche Grundlage, die Umsetzung liegt letztendlich bei der Politik.

„Unsere 183 Abgeordneten im Nationalrat sind nicht bei jedem Thema Expert:innen. Ihre Entscheidungsgrundlagen kommen von ihren Parteien, Kammern oder diversen Interessengruppen“, erklärt Demokratieforscherin Tamara Ehs. „Bürger:innenräte bringen hier eine weitere, unabhängige Stimme ein. Sie liefern Ideen und Empfehlungen, die breiter und repräsentativer sind als viele klassische Lobbys und das österreichische Parlament. Und sie stär-



Handlungsempfehlungen werden gemeinsam erarbeitet. Die Umsetzung liegt bei der Politik. Fehlende Verbindlichkeit enttäuscht manche.



Elfriede Schuh nahm als eine von 100 am Klimarat 2022 teil. Der Austausch mit Menschen aus anderen Lebensrealitäten hat sie geprägt.

ken damit die Demokratie“, so Ehs. Sie sieht Bürger:innenräte als eine Ergänzung der repräsentativen Demokratie und als Instrument, um politische Beratungs- und Entscheidungsprozesse wieder repräsentativer zu gestalten. Der entscheidende Punkt dafür ist die Auslosung der Teilnehmenden. Meinungsforschungsinstitute werden häufig damit beauftragt, da sie Zugriff auf große Datensätze haben. Gerade in Zeiten einer tiefen Vertrauenskrise müsse dieser Prozess gut gemacht sein. „Schon der Eindruck von Korruption oder Freunderlwirtschaft kann den ganzen Prozess zerstören. In dieser Phase braucht es tatsächlich ausreichend Zeit und Geld“, warnt die Forscherin. Fehler in dieser frühen Phase hätten bereits in anderen Ländern, etwa bei der Citizens’ Assembly in Irland, das Vertrauen in das Format beschädigt. Dort standen Vorwürfe im Raum, der Rat sei von Interessengruppen beeinflusst worden.

Österreichs Bürger:innenräte

Bundesweite Beteiligungsprozesse sind in Österreich bislang die Ausnahme geblieben. Zu den wenigen Beispielen zählen der „Zukunftsrat“, der „Klimarat“,

der „Gute Rat für Rückverteilung“ sowie der Bürger*innenrat „Medien und Demokratie“. Sie haben sich mit gesellschaftspolitischen Fragen auseinandergesetzt – von Klimaschutz über Demokratie, Vermögensungleichheit bis hin zu Gesundheit und Medienvielfalt.

„Wir hatten das Gefühl, dass wir die Welt verändern können“, erzählt Pensionistin Elfriede Schuh. Sie ist ehemalige

BUNDESWEITE BETEILIGUNGSPROZESSE SIND IN ÖSTERREICH BISHER DIE AUSNAHME GEBLIEBEN.

Gastwirtin und wurde 2022 als Teilnehmende für den österreichweiten Klimarat ausgelost. Damals trafen sich an sechs Wochenenden 100 zufällig ausgewählte Personen, um konkrete Maßnahmen gegen die Klimakrise zu erarbeiten.

„Als wir die Empfehlungen ausgearbeitet und abgestimmt haben, herrschte eine euphorische Aufbruchstimmung“, berichtet Schuh. Die 68-Jährige hat sich schon lange vor dem Bürger:innenrat für Klimagerechtigkeit eingesetzt, unter anderem beim Klimavolksbegehren 2020, das die Basis für den Rat legte.

Am Ende verabschiedete der Rat 93 Empfehlungen aus unterschiedlichen Handlungsfeldern – von Energie, Konsum bis Wohnen und Mobilität. So lautete etwa eine Empfehlung, dass bereits bebaute bzw. versiegelte Flächen, zum Beispiel im Bereich landwirtschaftlicher Betriebe, des Handels oder von öffentlichen Gebäuden, durch Anlagen zur erneuerbaren Energiegewinnung zusätzlich genutzt oder die Reparierbarkeit von Produkten verpflichtend gemacht werden soll.

Elfriede Schuh ist mit viel Freude und hohen Erwartungen in den Prozess gegangen: „Ich musste zuerst lernen, dass nicht alle den gleichen Informationsstand hatten wie ich. Es braucht Zeit, um alle Menschen abzuholen. Danach wurde es sehr spannend und ich habe mich auch außerhalb der Wochenenden intensiv mit unseren Themen auseinandergesetzt“, sagt Schuh. Besonders der informierte Austausch mit Menschen aus anderen Lebensrealitäten habe sie geprägt. Jedoch kritisiert sie die fehlende Verbindlichkeit der Politik. Nach den Übergaben der Empfehlungen sei nichts passiert: „Es wurde uns zwar nichts versprochen, aber irgendwie glaubt man nicht, dass nichts passiert – nicht, wenn man so intensiv mitarbeitet und die Hoffnung hat, wirklich etwas bewirken zu können. Am Ende haben wir unsere eigene Erwartungshaltung enttäuscht.“ Trotzdem sieht Schuh viel Potenzial in Bürger:innenräten. Sie habe miterlebt, wie sich viele Ratsmitglieder stärker als Demokrat:innen verstanden haben. Auch Politikwissenschaftlerin Tamara Ehs sieht Bürger:innenräte als wichtigen Beitrag zur Stärkung der Demokratie. Sie plädiert dafür, die Räte vor allem auf kommunaler und regionaler Ebene zu stärken und dauerhaft zu verankern, etwa in Landes- oder Stadtverfassungen – ganz nach dem Vorbild Vorarlbergs. Das westliche Bundesland galt europaweit als Pionier in die-



Demokratieforscherin Tamara Ehs plädiert dafür, die Räte auf kommunaler und regionaler Ebene zu stärken und dauerhaft zu verankern.

sem Bereich, da Bürger:innenräte schon früh etabliert wurden. 2013 wurde das Instrument sogar in der Landesverfassung verankert. Eine Richtlinie legt dort fest, wie Bürger:innenräte einberufen und durchgeführt werden müssen. Nicht nur die Politik, sondern auch die Bevölkerung kann einen Beteiligungsprozess ins Leben rufen. Dafür braucht es mindestens 1.000 Unterschriften. Für die Organisation und Begleitung war bis 2025 das Büro für Freiwilliges Engagement und Beteiligung zuständig, bis es aufgrund von Sparmaßnahmen aufgelöst wurde.

„Bürger:innenräte sind auch politische Bildungsveranstaltungen“, so Ehs. In einem geschützten Rahmen lernen Menschen, dass ihre Stimme zählt, selbst wenn sie sich anfangs wenig zutrauen. Genau das fehlt der Bevölkerung heute oft: Die Fähigkeit, über Blasen hinaus ins Gespräch zu kommen, zuzuhören, Kompromisse einzugehen, also Demokratie im besten Sinne zu leben.

Emilija Ilić ist freie Journalistin und Moderatorin. In ihrer Arbeit beschäftigt sie sich mit Demokratie, sozialer Gerechtigkeit und Jugend.

Foto: Denise Su

DEUTSCH LERNEN – ABER WIE?

Der Österreichische Integrationsfonds (ÖIF) schafft die Rahmenbedingungen, innerhalb derer Integration stattfindet. Bei näherem Hinsehen zeigt sich, dass seine Deutschkurse deutlichen Verbesserungsbedarf haben.

Text: Sarah Kleiner

„Ich bin neugierig und frage nach, wenn ich etwas nicht verstehe“, sagt Amir*. Besonders bei der Grammatik sei er peinlich.

Deutschkenntnisse sind im interpolitischen Grenzen zwischen reaktionär und liberaler Asylpolitik zum zentralen Kompass für geförderte Integration geworden. Laut Österreichischen Integrationsgesetz sind Geflüchtete mit eingeschränkten Deutschkenntnissen verpflichtet, Deutsch-

Struktureller Umbruch
Was Amrit heute in einem sechsten erzählt, hat einen Hintergrund. Zuletzt verlor er seine Eltern. Wie werden Kurse organisiert? Der Abwicklung auf Trieben zurück, Sprach- und

WIDERRUF

In der Ausgabe Nr. 79 des MO Magazins für Menschenrechte haben wir einen Artikel mit dem Titel „Deutsch lernen – aber wie?“ veröffentlicht. In diesem Artikel wurde folgende Aussage getroffen:

„Mir sind Fälle untergekommen, wo Arzttermine nicht als entschuldigte Fehlstunden anerkannt wurden. Und das unentschuldigte Fernbleiben vom Kurs führt zum Ausschluss und wieder zu Leistungskürzungen“, sagt der Insider.“

Wir widerrufen diese Behauptung als unwahr.

SOS Mitmensch



SO WIE WIR ODER DOCH ANDERS?

Im österreichischen Nationalrat sind Frauen und Menschen mit Migrationsgeschichte unterrepräsentiert. Gleichzeitig schrumpft der Anteil der Wahlberechtigten in der Bevölkerung. Wie repräsentativ ist unsere Demokratie?

Text: Edgar Subak

Es war eine Rede, die bis heute nichts an Aktualität verloren hat. Vor sieben Jahren stellte sich die Abgeordnete Selma Yildirim der sozialdemokratischen Partei (SPÖ) ans Rednerpult im Nationalrat und forderte: „Die Gleichstellung von Frauen und

Männern sollte in einer Gesellschaft den höchsten Stellenwert haben.“ Bis heute scheint die Forderung im Plenum verhallt zu sein. Frauen sind im Parlament weiterhin in der Minderheit, obwohl sie in der Gesamtbevölkerung rund 51 Prozent ausmachen.

Nicht nur das. Ihre Minderheit im Nationalrat – neben dem Bundesrat einer der beiden Kammern des Parlaments – ist sogar kleiner geworden. Erstmals seit 2008 sinkt der Frauenanteil mit der aktuellen Legislaturperiode dort wieder. Nun liegt er bei 36 Prozent, in absolu-

ten Zahlen: 66 von 183 Abgeordneten. Davor war er noch bei 41 Prozent. Der langfristige Trend zeigt jedoch nach oben. Vor 25 Jahren war die Frauenquote im Nationalrat noch bei rund einem Viertel. Im europäischen Vergleich liegt Österreich inzwischen im oberen Drittel.

Unzureichender Spiegel der Gesellschaft

Was die Repräsentation von Menschen mit Migrationsgeschichte angeht, so ist die Differenz zum Bevölkerungsschnitt noch größer. Offizielle Zahlen dazu gibt es zwar nicht, aber eine Recherche der Tageszeitung „Standard“ kam auf mindestens 12 Abgeordnete, was einem Anteil von nur rund sieben Prozent entsprechen würde. Vergangenes Jahr hatten jedoch knapp 28 Prozent der österreichischen Bevölkerung einen Migrationshintergrund. Als Mensch mit Migrationshintergrund werden Personen gezählt, deren beide Elternteile im Ausland geboren wurden.

Bekannte Abgeordnete, die in diese Gruppe fallen, sind etwa Alma Zadić, ehemalige Justizministerin (Die Grünen), die in Bosnien geboren wurde, die türkischstämmige Selma Yildirim aus Tirol (SPÖ) oder Yannick Shetty, Klubobmann der Neos, Wiener mit indischem-koreanischen Wurzeln.

Wer bestimmt, wer im Parlament sitzt?

183 Abgeordnete: So viele sind im Nationalrat vertreten und bestimmen über neue Gesetze, die ganz Österreich betreffen. Vor gut einem Jahr im September 2024 wurden sie neu in ihr Amt gewählt. Von den bundesweit neun Parteien, die am Wahlzettel standen, schafften fünf den Einzug.

Die Parteien entscheiden in Österreich, wen sie auf ihren jeweiligen Wahllisten



Politikwissenschaftler Laurenz Ennser-Jedenastik: Es ist nicht egal, wer in welchem Verhältnis im Parlament sitzt.

aufstellen, wen sie in den Nationalrat entsenden. Die Wahllisten können sie weitgehend nach eigenen internen Regeln zusammenstellen. Somit haben die Parteien den größten Hebel, welche gesellschaftlichen Gruppen letzten Endes auch im Parlament vertreten sind. Die Partei mit den meisten Abgeordneten (57) im Parlament ist aktuell die FPÖ. Diese hat zugleich auch den ge-

DIE PARTEIEN HABEN DEN GRÖSSEN HEBEL, WER IM PARLAMENT VERTRETEREN IST.

ringsten Frauenanteil (rund 23 Prozent). Die Partei mit dem größten Frauenanteil (56 Prozent) sind Die Grünen. Sie haben aber nur 16 Sitze und sind damit die kleinste Partei. Die demographische Zusammensetzung des FPÖ-Parlamentsklubs hat somit auch die größte Auswirkung aller Parteien auf die Zusammensetzung des Nationalrats.

Ein Parlament so wie wir

„Wir haben eine ideologische Repräsentativität. Die Wähler:innen wollen vor allem, dass die Abgeordneten inhaltlich ihre Anliegen vertreten“, erklärt Lau-

renz Ennser-Jedenastik, Professor für Politikwissenschaft an der Universität Wien. Oft wollen Wähler:innen auch, dass Abgeordnete anders sind als sie selbst, so Ennser-Jedenastik weiter. Das heiße aber nicht, dass es egal sei, wer in welchem Verhältnis im Parlament sitze. „Ein Parlament, in dem es zehn Prozent Frauen und 90 Prozent Männer gibt, fällt inhaltlich andere Entscheidungen als ein Parlament, das zur Hälfte zwischen Frauen und Männern aufgeteilt ist“, sagt der Politikwissenschaftler. Denn demographische Vielfalt im Parlament bedeutet auch eine Vielfalt an Zugängen. „Die Vorstellung, dass ich als weißer Mann mittleren Alters die gesamte Bevölkerung, auch Frauen, Menschen mit Fluchtgeschichte, Migrationshintergrund oder dunkler Hautfarbe mitrepräsentieren kann, ist falsch. Man hat keine oder nur eine geringe Ahnung von den Bedürfnissen und Lebensrealitäten dieser Menschen“, erklärt auch der Politikwissenschaftler Gerd Valchars. „Das können Personen aus der jeweiligen Gruppe am besten.“

Zu mittelalt

Neben dem Geschlecht und der Herkunftsgeschichte unterscheiden sich die Repräsentant:innen im Parlament auch in weiteren Punkten vom Bevölkerungsdurchschnitt. Der Nationalrat ist im Schnitt um fünf Jahre älter als die Bevölkerung. Der Altersschnitt der Abgeordneten liegt bei fast 49 Jahren. Laut der Plattform meineabgeordneten.at sind die drei ältesten Nationalratsabgeordneten alle von der ÖVP: Rudolf Taschner, 72, Elisabeth Scheucher-Pichler, 71, und Gabriel Obernosterer, 70. Der jüngste Abgeordnete ist der FPÖ-Mandatar Sebastian Schweighofer mit 25 Jahren. Tendenziell sind die Altersgruppen unter 35 und jene ab 65 im Vergleich zur Gesamtbevölkerung unter-



Gerd Valchars: Viele im Niedriglohnsektor werden aus dem demokratischen Prozess ausgeschlossen.

repräsentiert. Die Gruppe zwischen 35 und 65 ist hingegen überrepräsentiert. Ein großer Unterschied zwischen dem Nationalrat und der Bevölkerung zeigt sich in der Bildungsquote. Im Nationalrat haben rund 53 Prozent einen Uni-Abschluss. In der Gesamtbevölkerung zwischen 25 und 65 Jahren sind es nur 21 Prozent.

Außerdem lässt der Anteil an Menschen mit Behinderung zu wünschen übrig. Dem Österreichischen Behindertenrat sind nur zwei Personen mit Behinderung im Parlament bekannt. Die Anliegen dieser Bevölkerungsgruppe werden der Interessenvertretung zufolge nicht ausreichend berücksichtigt. „Das liegt vor allem daran, dass Menschen mit Behinderungen in Österreich nur unzureichend in die sie betreffenden Angelegenheiten und politischen Entscheidungsprozesse einbezogen werden“, sagt Felix Steigmann vom Behindertenrat.

Fokus auf Frauen

Die wohl am besten erforschte Gruppe in Parlamenten sind Frauen. Hier hat sich auch in der politikwissenschaftlichen Forschung gezeigt, dass sich mit

zunehmendem Frauenanteil auch die Gesetzgebung ändert. Denn Frauen haben mit anderen Herausforderungen als Männer zu kämpfen: in der Arbeitswelt, in der unbezahlten Care-Arbeit, aber auch im Bereich (sexualisierter) Gewalt und Übergriffigkeit. Das führt mitunter dazu, dass diese Themen viel eher von weiblichen Abgeordneten aufgegriffen werden.

AUCH DER ANTEIL AN MENSCHEN MIT BEHINDERUNG IM PARLAMENT IST UNZUREICHEND.

Auch formell gibt es mittlerweile einen Anreiz, mehr Frauen ins Parlament zu schicken: Seit 2019 erhalten Klubs im Nationalrat beziehungsweise im Bundesrat eine zusätzliche finanzielle Förderung, wenn sie mehr als 40 Prozent Frauen in ihren Reihen haben.

Wer nicht wählen darf

Zu den Repräsentationsfragen einer Demokratie zählt jedoch nicht nur, wer in den höchsten Entscheidungspositionen sitzt, sondern auch, wer überhaupt

mitbestimmen darf. Immer mehr Menschen dürfen in Österreich nicht wählen. Aktuell sind es rund 1,55 Millionen Menschen über 16 Jahre, die aufgrund der fehlenden österreichischen Staatsbürgerschaft auch kein Wahlrecht bei der Nationalratswahl haben. Jede:r Fünfte darf in Österreich somit nicht mitentscheiden, wer im Parlament sitzt. Tendenz steigend.

Die Hürden für den Erwerb der österreichischen Staatsbürgerschaft sind hoch. Die ursprüngliche Staatsbürgerschaft muss zurückgelegt werden. Neben im Regelfall zehn Jahren Aufenthalt im Land, B1-Deutsch-Niveau und anderen Erfordernissen, braucht es den „Nachweis eines hinreichend gesicherten Lebensunterhalts“. Für eine alleinstehende Person müssen nach dem Abzug von Mieten und anderen regelmäßigen Aufwendungen mindestens 1273,99 Euro im Monat übrigbleiben. Für den Politologen Gerd Valchars ist das zu hoch. Insbesondere im Niedriglohnsektor arbeiten viele Menschen mit einer nicht-österreichischen Staatsbürgerschaft. Sie werden durch diese Hürde aus dem demokratischen Prozess ausgeschlossen.

Es bräuchte laut Valchars zwei Maßnahmen: Die Senkung der Einkommenshürde und die Entkopplung von Staatsbürgerschaft und Wahlrecht. Eine mögliche Reform wäre, das Wahlrecht nach einer gewissen Aufenthaltszeit in Österreich erwerben zu können.

Und hier schließt sich der Kreis zu einem inklusiveren Parlament: Denn wer wählen kann, wird für Parteien interessanter. Und diese entscheiden wiederum, wer im Parlament sitzt.

Edgar Subak war für die (alte) Wiener Zeitung, den Kurier und die Süddeutsche Zeitung tätig und ist Redaktionsmitglied im „etc. magazin“.

WENN REICHTUM REGIERT

In Österreich konzentriert sich das Vermögen in wenigen Händen. Während Millionen mit steigenden Preisen kämpfen, vererben Superreiche Milliarden steuerfrei weiter. Warum diese Ungleichheit nicht nur soziale Gerechtigkeit, sondern auch die Demokratie gefährdet.

Text: Naz Küçüktekin

In Österreich sind alle Staatsbürger:innen gleich. Zumindest theoretisch an Rechten. Beim Vermögen endet hingegen die Gleichheit. Das reichste Prozent der Bevölkerung besitzt mehr als alle übrigen 99 Prozent zusammen. Fünf Prozent halten rund 53 Prozent des Gesamtvermögens. Damit ist

DAS REICHSTE PROZENT DER BEVÖLKERUNG BESITZT MEHR ALS ALLE ÜBRIGEN ZUSAMMEN.

Österreich, wie Daten der Europäischen Zentralbank zeigen, nach Kroatien und Lettland auf Platz drei in Sachen Vermögensungleichheit.

„Nehmen wir an, der mittlere Haushalt in Österreich entspricht, übertragen auf Körpergröße, etwa 1,78 Metern. Dann wäre das Vermögen von Österreichs reichstem Erben 438 Kilo-



Österreich liegt bei der Vermögensungleichheit in der Europäischen Union nach Kroatien und Lettland auf Platz drei.



Mattias Muckenhuber, Ökonom beim ÖGB: „In Österreich sind in den letzten Jahren mehrere Milliardäre gestorben, ohne dass auch nur ein Cent an Steuern fällig geworden wäre.“

meter hoch. Das ist 49-mal der Mount Everest“, veranschaulicht Mattias Muckenhuber vom volkswirtschaftlichen Referat des Österreichischen Gewerkschaftsbundes (ÖGB) die Dimensionen dieser Ungleichverteilung. Er beschäftigt sich seit Jahren mit den Ursachen und Folgen dieser Entwicklung.

Land der Erben

Ein wesentlicher Grund für die hohe Vermögenskonzentration liegt für Muckenhuber in der fehlenden Besteuerung großer Erbschaften: „Österreich hat seit 2008 keine Erbschaftssteuer mehr. Seither werden jedes Jahr Milliarden unbesteuert vererbt. Das betrifft vor allem die Reichen.“ Muckenhuber verweist auf Südkorea – ein Beispiel, das zeigt, dass es auch anders geht: „Die Erb:innen des Samsung-Imperiums mussten zuletzt neun Milliarden Euro Erbschaftssteuer zahlen. In Österreich sind in den letzten Jahren mehrere Milliardäre gestorben, ohne dass auch nur ein Cent an Steuern fällig geworden wäre.“

Laut Prognosen der Arbeiterkammer wird sich das Erbschaftsvolumen in den kommenden zwanzig Jahren sogar verdoppeln. Zwischen 2021 und 2024 steigen laut einer Studie des ÖGB die Nettovermögen der reichsten zehn Prozent um 17,9 Prozent, das der reichsten fünf Prozent um 18,7 Prozent.

DAS ERBSCHAFTSVOLUMEN WIRD SICH LAUT AK IN DEN NÄCHSTEN 20 JAHREN VERDOPPELN.

Ein Steuersystem, das Kapital bevorzugt

Ein weiterer Faktor, der die Ungleichverteilung in Österreich befeuert, ist Muckenhuber zufolge die steuerliche Bevorzugung von Kapital gegenüber Arbeit. „Kapitalerträge werden viel niedriger besteuert als Arbeitseinkommen“, so der Experte. Dazu kommt: Die Körperschaftssteuer für Unternehmen wurde zuletzt auf 23 Prozent gesenkt. „Das bedeutet: Unternehmen sparen jährlich rund 1,2 Milliarden Euro. Und

davon profitieren am Ende wieder die Eigentümer:innen.“

Wer viel besitzt, kann nicht nur mehr sparen, sondern auch gezielter investieren. „Je reicher ich bin, desto mehr kann ich sparen und etwa in risikoreiche, renditestarke Anlagen investieren. Menschen mit wenig Geld können das nicht. Die müssen ihren Notgroschen fürs tägliche Leben bereithalten“, erklärt Muckenhuber. Dieser Mechanismus befördere nicht nur Ungleichheit, er verfestige sie zudem über Generationen hinweg.

Vermögensbezogene Steuern machten 2022 nur 1,4 Prozent des gesamten Steueraufkommens in Österreich aus. In den 1960er-Jahren lag dieser Anteil noch bei rund vier Prozent. Der OECD-Durchschnitt liegt bei über fünf Prozent. Besonders stark besteuert werden hierzulande hingegen Arbeitseinkommen und Konsum. Der Verzicht auf Substanzbesteuerung bedeutet in der Praxis: Der Staat finanziert sich nahezu ausschließlich über jene, die ihr Geld verdienen und nicht über jene, die es besitzen.

Wie ungleich diese Last verteilt ist, zeigt ebenfalls eine Analyse des Momentum Instituts: Eine typische Mittelschicht-Familie zahlt rund 42 Prozent ihres Einkommens an Steuern und Abgaben. Ein:e Millionär:in kommt im Schnitt nur auf 30 Prozent, ein:e Milliardär:in auf gerade einmal 26 Prozent. „Unser Steuersystem ist nur bis zu einem gewissen Punkt progressiv“, sagt Muckenhuber. „Ganz oben kehrt sich das um.“ Das heißt: Je größer das Vermögen, desto geringer der relative Steuerbeitrag. Nicht die Leistung wird belohnt, sondern der Besitz.

Wenn Vermögen politische Macht bedeutet

Für Muckenhuber ist diese Schieflage nicht nur ein ökonomisches, sondern

auch ein demokratiepolitisches Problem. „Ein System gilt als gerecht, wenn es die stärkeren Schultern stärker belastet. Aber wenn sich Menschen bewusst werden, dass das nicht passiert, entsteht Unzufriedenheit.“ Die Gefahr sei, dass sich wirtschaftliche und politische Macht in wenigen Händen konzentrieren. Wenn Multimilliardär:innen prozentuell weniger Steuern zahlen als eine Kindergartenpädagogin, dann laufe etwas schief.

Mattias Muckenhuber verweist auf die USA, wo Superreiche wie Elon Musk über Spenden und Lobbying Einfluss auf politische Entscheidungen nehmen. In Österreich sei das subtiler, aber nicht weniger wirksam: „Warum wurde die Erbschaftssteuer nie repariert, obwohl sie als verfassungswidrig (Anm. d. Red.: aufgrund einer veralteten Bewertung des Grund- und Immobilienvermögens auf Basis jahrzehntalter so genannter Einheitswerte) aufgehoben wurde? Warum gibt es seit Jahren keine parlamentarische Mehrheit für Vermögenssteuern, obwohl sie in Umfragen von der Bevölkerung unterstützt werden?“

Ein möglicher Grund: mediale Deutungsmacht. Eine Analyse des Momentum Instituts zeigt, dass Kommentare in Leitmedien überdurchschnittlich oft gegen Vermögenssteuern argumentieren. Dabei spricht sich laut Umfragen eine klare Mehrheit regelmäßig für höhere Steuern auf große Vermögen aus. „Das wirkt“, sagt Muckenhuber. „Wenn in den Medien bestimmte Positionen dominieren, beeinflusst das auch die politische Realität.“

Was möglich wäre

Der ÖGB fordert die Wiedereinführung einer Erbschaftssteuer sowie die Einführung einer Vermögenssteuer mit hohen Freibeträgen und progressiven Sätzen.



Schätzungen des Momentum Instituts zufolge könnte eine Erbschaftssteuer rund eine Milliarde jährlich bringen, eine Vermögenssteuer etwa fünf Milliarden.

„Das würde sicherstellen, dass nicht die Mittelschicht, sondern nur die Reichen zahlen“, sagt Muckenhuber. Laut Schätzungen des Momentum Instituts könnte eine Erbschaftssteuer rund eine Milliarde Euro jährlich bringen, eine Vermögenssteuer etwa fünf Milliarden. „Das Geld fehlt uns an allen Ecken. In Gemeinden, bei der Kinderbetreuung, im Gesundheits- und Pflegesystem“, sagt der ÖGB-Ökonom.

IN DEN USA NEHMEN SUPERREICHE WIE ELON MUSK ÜBER SPENDEN UND LOBBYING EINFLUSS.

Auch die Umsetzung sei machbar. „Viele Daten liegen längst vor. Internationale Organisationen wie der IWF, die EU-Kommission oder auch die OECD fordern Österreich seit Jahren auf, den Steuermix zu verändern. Weg vom hohen Steuer- und Abgabenbeitrag der Arbeitnehmer:innen, hin zur Besteuerung von Vermögen.“ Doch bisher blieb die politische Reaktion verhalten.

Am Ende steht die Frage: Wie viel Ungleichheit hält ein demokratisches System aus, bevor es kippt? In Ländern wie Argentinien oder Ungarn zeigt sich, dass wirtschaftliche Extreme politische Instabilität befördern können. Auch in Europa wächst die Unzufriedenheit mit Institutionen, mit der Politik und mit der Frage, für wen der Staat eigentlich da ist. „Die Ungleichverteilung ist nicht nur eine soziale, sondern auch eine demokratische Frage“, sagt Muckenhuber. „Je größer sie wird, desto mehr geraten politische Grundprinzipien ins Wanken.“ Es gehe nicht darum, Reichtum zu bestrafen, sondern Verantwortung gerecht zu verteilen. Die Antwort darauf ist politisch. Und überfällig.

Naz Küçüktekin war bei der Wiener Bezirkszeitung, dem biber Magazin, bei Profil und zuletzt beim Kurier tätig, wo sie sich im Res sort „Mehr Platz“ vor allem mit migrantischen Lebensrealitäten beschäftigte. Das tut sie nun weiterhin als freie Journalistin.



BAUSTELLE SOZIALDEMOKRATIE

Einst ungeschlagene politische Kraft des Landes und Stimmrohr der Arbeiter:innen schafft es die SPÖ kaum noch, die Massen bei Wahlen für sich zu gewinnen. Woran liegt das? Und wie könnte sie da wieder heraus? Einschätzungen eines Politikexperten.

Text: Naz Küçüktekin

Kaum ein politisches Lager in Österreich ist so eng mit einer historischen Erzählung verknüpft wie die Sozialdemokratie. Jahrzehntelang galt sie als Partei der arbeitenden Menschen, der Gemeindebauten, der Volkshochschulen – nicht nur als politische Kraft, sondern als ein eigenes System, tief verwurzelt im Alltag vieler Menschen. Doch dieses Selbstverständnis ist ins Wanken geraten. Bei der Nationalratswahl 2024 landete die SPÖ nur noch auf dem dritten Platz. Besonders schmerhaft: Ein erheblicher Teil der Arbeiter:innen wählte laut Foresight-Analysen die FPÖ. In der öffentlichen Debatte ist damit eine Erzählung zurück: die von der Sozialdemokratie, die den Kontakt zu ihrer Basis verloren hat. Vom „verlorenen Arbeiter“, der sich enttäuscht nach rechts orientiert.

Denkfehler

Für Herbert Lackner ist dieser Befund allerdings nur die halbe Wahrheit. Oder, wie er es ausdrückt: ein Denkfehler. Lackner war stellvertretender Chefredakteur der „Arbeiter Zeitung“, danach über zwanzig Jahre Chefredakteur des Nachrichtenmagazins „profil“ und begleitete eng die Entwicklungen der sozialdemokratischen Partei. Der langjährige Politikjournalist warnt davor, die Erzählung vom „verlorenen Arbeiter“ vorschnell zu übernehmen. „Wie die Arbeiter:innen wirklich wählen würden, weiß man nicht, weil ein sehr großer Teil gar nicht wählt“, sagt er und bezieht sich damit auf die stetig wachsende Gruppe der Menschen

ohne Wahlrecht in Österreich. Bei den vergangenen Nationalratswahlen standen rund 6,3 Millionen Wahlberechtigten fast 1,5 Millionen Einwohner:innen im Wahlalter gegenüber, die aufgrund fehlender österreichischer Staatsbürgerschaft nicht wählen dürfen. In der Hauptstadt Wien betrifft das aktuell sogar fast jede dritte Person im wahlfähigen Alter. Statistiken und Erhebungen zeigen, dass vor allem Arbeiter:innen vom Wahlrecht ausgeschlossen sind. Viele der Statistiken, die immer wieder in Wahlanalysen zirkulieren, seien daher mit Vorsicht zu genießen – gerade, wenn es um die sogenannte klassische Arbeiter:innenschicht geht,

„WIE ARBEITER:INNEN WÄHLEN WÜRDEN, IST UNGEWIß, WEIL EIN GROSSTEIL GAR NICHT WÄHLT.“

meint Lackner. Denn diese sei inzwischen wesentlich vielschichtiger geworden. In Wien etwa, betont Lackner, könne sich die SPÖ durchaus noch auf einen großen Teil ihrer angestammten Wähler:innenschaft verlassen. „Ich schätze, dass in Wien – mehr noch als in anderen Bundesländern – mindestens die Hälfte der Arbeiter:innen mit österreichischer Staatsbürgerschaft nicht zur FPÖ übergegangen ist.“ Tatsächlich: Trotz Verlusten von zwei Prozent konnte sich die SPÖ bei den Wien-Wahlen im Frühjahr mit knapp 40 Prozent als stärkste Kraft behaupten. Und auch wenn die FPÖ Zugewinne verzeichnen konnte, blieb ein Sieges-

zug in Wien für die Freiheitlichen aus – anders als im übrigen Österreich. Den Erfolg des roten Wiens führt Lackner auf eine über Jahrzehnte funktionierende kommunalpolitische Struktur zurück, etwa durch sozialen Wohnbau, Kinderbetreuung und vergleichsweise stabile Mehrheiten. In den Bundesländern stellt sich die Lage anders dar. Dort habe man es vielerorts versäumt, Führungspersönlichkeiten aufzubauen. „In den meisten Bundesländern hat man einen ständigen Wechsel an der Spitze gehabt“, sagt Lackner. In manchen Ländern, wie in Tirol oder Vorarlberg, sei die SPÖ sogar völlig in der Bedeutungslosigkeit verschwunden.

Hinzu kommt ein weiteres Problem: die innerparteilichen Grabenkämpfe. Die Machtfrage zwischen Andreas Babler und Hans Peter Doskozil lähmte die SPÖ über Monate hinweg – nicht nur organisatorisch, sondern auch in der öffentlichen Wahrnehmung. Streit, Misstrauen, Unentschlossenheit: All das habe das Bild der Partei beschädigt. „Ich glaube allerdings, man hat mittlerweile erkannt, dass das nichts bringt“, sagt Lackner. Jetzt, nach der Entscheidung für Babler, müsse wieder Ruhe einkehren. „Ob man jetzt zufrieden ist mit ihm oder nicht, man hat einen Obmann gewählt – da muss man jetzt einmal versuchen, die Partei wieder aufzustellen“, so der Politikexperte.

Keine klare Linie

Getragen war diese Machtfrage großteils auch von der Debatte darum, wie man mit dem Thema Migration und



Es komme nun auf die Regierungsperformance der SPÖ an, ob sie ein Comeback schaffe, meint Politikjournalist Herbert Lackner.

Einwanderung umgeht. Gerade für jene, die finanziell schlechter gestellt sind, erscheine Zuwanderung oft als Bedrohung, betont Lackner – ob faktisch begründet oder nicht. Angst vor Verdrängung, vor Konkurrenz, vor Überforderung: All das seien reale Gefühle, die rechte Parteien gezielt nutzen. Die Sozialdemokratie hingegen wirke unentschlossen. Wie mit Migration umgehen? Offen oder restriktiv? Sozial integriert oder kontrolliert abgegrenzt? Doskozil stand für den restriktiveren, rechten Zugang, Babler für den offeneren, linkeren.

Für Lackner steht fest: Eine klare Linie fehlt weiterhin. Und der Versuch, einen Mittelweg zu finden, gestaltet sich schwieriger denn je. „Wie der ideale Umgang mit dem Thema ist, das weiß niemand in Wirklichkeit“, sagt er. Entscheide sich die SPÖ für einen härteren Kurs, könnte sie progressive Wähler:innen an die Grünen verlieren. Bleibe sie zu offen, verliere sie jene, die aus Angst nach rechts rücken.

Kein Erfolgsrezept

Gäbe es europäische Sozialdemokratien, an denen sich die SPÖ da orientieren könnte? Auch da ist Herbert Lackner skeptisch. Die deutsche SPD sei derzeit kein leuchtendes Beispiel – zu groß seien die Verluste in der Ampel-Regierung und der interne Richtungsstreit. In Dänemark konnte sich die Sozialdemokra-

EINE KLARE LINIE ZUM THEMA MIGRATION FEHLT DER SPÖ WEITERHIN.

tie unter Mette Frederiksen zwar stabilisieren – allerdings mit einem deutlich restriktiveren Kurs in der Migrationspolitik und einer stark auf die Premierministerin fokussierten Führung. Ein Modell, das sich kaum übertragen lässt. In Großbritannien feierte Labour unter Keir Starmer zwar einen historischen Wahlsieg, doch der ging mit einer klaren Bewegung zur Mitte einher: weniger Umverteilung und eine vorsichtige

Migrationspolitik. Und auch Spanien, oft als Beispiel für einen erfolgreichen Linkskurs genannt, sei nur bedingt vergleichbar. Zwar regiert die sozialdemokratische PSOE dort mit progressivem Anspruch, aber in einer sehr spezifischen Koalitionskonstellation getragen von regionalen Allianzen und einem anderen Parteiensystem. „Die Situationen in den einzelnen Staaten sind äußerst unterschiedlich“, sagt Lackner. Jedes Land bringe eigene historische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Bedingungen mit, die sich nicht einfach auf Österreich übertragen ließen. Ein europäisches Erfolgsrezept, das die SPÖ nur kopieren müsste, sieht er nicht.

Wie ein Erfolgsrezept der österreichischen Sozialdemokratie aussehen könnte? Zu viel sei noch offen, um das konkret beantworten zu können, meint Lackner. Zu viel hänge vom Verhalten der Partei selbst ab und davon, ob sie es schafft, sich auf einen Kurs zu einigen und ein politisches Angebot zu stellen. Ob es die SPÖ in naher Zukunft wieder aus ihrer Misere heraußschafft? Um das glaubwürdig signalisieren zu können, sind für Lackner vor allem die nächsten Jahre als erneute Regierungspartei entscheidend: „Wenn sie es schafft, die Regierung halbwegs zusammenzuhalten, Streit zu vermeiden und geschlossen aufzutreten, dann wäre ein Comeback denkbar.“

Naz Küçüktekin war bei der Wiener Bezirkszeitung, dem biber Magazin, bei Profil und zuletzt beim Kurier tätig, wo sie sich im Res sort „Mehr Platz“ vor allem mit migrantischen Lebensrealitäten beschäftigte. Das tut sie nun weiterhin als freie Journalistin.

MITREDEN SCHWER GEMACHT

Fast 30 Prozent der österreichischen Bevölkerung haben eine sehr niedrige Lesekompetenz und können deshalb nicht am politischen Diskurs teilhaben. Die Gründe dafür sind vielfältig. Die Lösung wären Texte in Einfacher und Leichter Sprache. Diese sind jedoch (noch) Mangelware.

Text: Frederike Demattio

Luise Jäger und Nikolai Prodöhl leben mit Lernbehinderungen – und sie sind Journalist:innen. Zusammen mit ihren zehn Kolleg:innen bilden sie seit 2024 die Redaktion von „andererseits“, dem ersten Printmedium in Leichter Sprache. Hier werden aktuelle Themen in Einfacher Sprache

„ANDERERSEITS“ IST DAS ERSTE PRINTMEDIUM IN LEICHTER SPRACHE.

geschrieben und dann von eigens ausgebildeten Übersetzer:innen in Leichte Sprache, eine sehr reduzierte sprachliche Version mit klar definierten Regeln, übersetzt. Ideengeberin für die Inhalte ist Luise Jäger, sie ist es auch, die die Texte am Ende absegnet. „Erst wenn



700.000 Menschen in Österreich brauchen Leichte Sprache. Für sie gibt es kaum gute journalistische Angebote.



Als Chefredakteurin von „andererseits“ leitet Lisa Kreutzer die inklusive Redaktion und kümmert sich um die Qualitätssicherung. Für ihre Arbeit wurde sie mehrfach ausgezeichnet.

Luise sagt, sie kann den Artikel gut verstehen, wird er gedruckt, ansonsten diskutieren wir im Team, wie wir einen Begriff noch besser erklären können“, sagt Chefredakteurin Lisa Kreutzer.

Der Zugang zu seriösen Informationen bleibt Menschen mit eingeschränkten Lesefähigkeiten, mangelnden Deutschkenntnissen oder auch beginnender Altersdemenz oft verwehrt. Das betrifft laut einer Erhebung der Statistik Austria rund 1,7 Millionen Menschen in Österreich, die nicht mitreden können, weil sie schlichtweg keine einfach aufbereiteten Informationen bekommen. Paradoxerweise schaffen es ausgerechnet Boulevardmedien, Themen einfach zu formulieren, leider in der Regel sensationsheischend und auf Kosten von Seriosität und Faktengenauigkeit.

Mitbestimmung als Menschenrecht

Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte besagt, dass jeder Mensch das Recht auf verlässliche Informationen hat, um in einer Demokratie mitbestimmen zu können. Nur so ist politische Teilhabe möglich. Genau das wollen die Gründer:innen von „andererseits“ für eine oft vergessene Zielgruppe erreichen. Aus einem ehrenamtlichen Online-Projekt entstand



Nikolai Prodöhl wollte immer Sportjournalist werden. Jetzt arbeitet er bei „andererseits“ und schreibt über Inklusion und Rechte von Menschen mit Beeinträchtigungen.

innerhalb von vier Jahren ein unabhängiges Magazin, das sich nach einem erfolgreichen Crowdfunding über Abonnements finanziert und aus dem gesamten deutschsprachigen Raum berichtet. Inzwischen arbeitet die Redaktion mit Rechercheplattformen wie Correctiv und Medien wie dem Falter und der Süddeutschen Zeitung zusammen. Ein häufiges Argument, dass die Vereinfachung der Sprache auch eine Verkürzung der Inhalte bedeute, widerlegt Lisa Kreutzer: „Als wir bei der Recherche

**NUR WER INFORMATIONEN
VERSTEHT, KANN SICH UN-
ABHÄNGIG EINE
MEINUNG BILDEN.**

um den Geheimplan gegen Deutschland mitgearbeitet und dazu einen Artikel veröffentlicht haben, kam ein begeistertes Feedback der Journalistin von Correctiv. Leichte Sprache bringt die Dinge so gut auf den Punkt und hält die wesentlichen Aussagen fest.“

Abgesehen von allgemeinen gesellschaftspolitischen Fragen beschäftigt sich die inklusive Redaktion mit Themen, die Menschen mit Behinderungen betreffen. Diese werden selten von den Betroffenen selbst behandelt, da-

mit fehlt eine wichtige Perspektive. Die Journalist:innen von „andererseits“ schauen auch hier genauer hin, decken Missstände auf und zeigen Wege zu mehr Inklusion im Alltag und im Arbeitsleben. So recherchierten und berichteten sie etwa zur Spendenaktion „Licht ins Dunkel“, zum Stundenlohn in Werkstätten für Menschen mit Behinderung und barrierefreiem Urlaub. Die Redaktion versteht sich dabei nicht als Sozialprojekt, sondern als notwendige Ergänzung zum klassischen Journalismus.

Nachrichten in Einfacher Sprache

Anders organisiert ist die inklusive Lehrredaktion des ORF, ein Berufsqualifizierungsprojekt von „Jugend am Werk“. Hier schreiben sechs Teilnehmende eines geförderten Berufsqualifizierungsprojekts von „Jugend am Werk“ mit Unterstützung von Journalist:innen die Nachrichten in Einfacher Sprache für ORF Topos. Und sie gestalten den Wissenspodcast „Einfach erklärt“ auf FM4. Es gehe dabei auch sehr stark um Bewusstseinsbildung, sagt Projektleiterin Anna Mark. „Einfache Sprache ist anfangs ungewohnt, aber sinnvoll — insbesondere für Medienschaffende. Denn nur wer Informationen versteht, kann sich unabhängig eine Meinung bilden und deshalb sollen Nachrichten so gestaltet sein, dass möglichst alle Menschen die Informationen verstehen.“ Im Rahmen eines EU-Projekts werden jetzt die Texte evaluiert und weiterentwickelt. Bis 2026 sollen internationale Standards für leicht verständliche Nachrichten etabliert werden.

Verstecktes Angebot

Das Bewusstsein für die Zielgruppe wächst zusehends und damit wachsen auch die Angebote, allerdings hapert es oft an deren Auffindbarkeit, eine zusätz-

liche Barriere. Das bestätigt auch Nikolai Prodöhl: „Ich muss meistens sehr lange suchen, bis ich Informationen in Einfacher Sprache finde, zum Beispiel Parteiprogramme oder Informationen zu Wahlen“, sagt er. „Wenn es Informationen in Einfacher Sprache gibt, sind die auf den Websites oft versteckt und schwer zu finden.“ Ein Blick auf die Websites der österreichischen Parteien zeigt genau das: Zwar bieten einige Parteien ihre Wahlprogramme in Einfacher oder Leichter Sprache an. Danach suchen muss man allerdings lange.

Auch auf der Website der Stadt Wien hält man vergeblich nach einer Unterseite in Einfacher Sprache Ausschau. Michael Rederer, der für das digitale Content Management zuständig ist, plant in den nächsten Monaten eine Designumstellung, die mehr Übersichtlichkeit und Barrierefreiheit erlaube. Zum Thema Einfache Sprache sagt er: „Wir haben bereits vor über zehn Jahren besonders häufig frequentierte Inhalte auch in einer leicht verständlichen Version angeboten und diese prominent platziert. Das Angebot wurde dennoch praktisch gar nicht genutzt, wie die Zugriffsstatistik zeigt. Demgegenüber standen die beträchtlichen Zusatzaufwände, da ja jede Änderung in zwei Versionen nachgezogen werden musste. Wir haben uns deshalb für einen anderen Weg entschieden und nahezu alle Inhalte auf dem Niveau B1 formuliert. Dieses Sprachlevel wird von den meisten Leser:innen als einfach erlebt und hat die größte Akzeptanz.“

Politik und Kultur barrierefrei

Inhaltlich und sprachlich gut aufbereitet findet man Informationen auf der Seite des Parlaments. Gleich auf der Startseite stehen unter „Zielgruppe“ verschiedene Unterseiten zur Auswahl, darunter eine in Einfacher und eine in Leichter



Im Redaktionsteam von „andererseits“ arbeiten Menschen mit und ohne Behinderungen zusammen. Für ihre kritische Berichterstattung haben sie unter anderem den Preis des Presseclub Concordia in der Kategorie Menschenrechte bekommen.

Sprache. Das Glossar ABC des Parlaments erklärt schwierige Begriffe wie Sondersitzung, Fraktion oder Koalition in Leichter Sprache. Ein Best-Practice-Beispiel ist die Website des Weltmuseums, wo Besucher:innen anhand von Texten in Leichter Sprache und Bildern

WENN ES INFORMATIONEN IN EINFACHER SPRACHE GIBT, SIND DIESE OFT SCHWER ZU FINDEN.

durch die verschiedenen Schauräume geführt werden. Der Hinweis dazu befindet sich gleich auf der Startseite. Im Museum selbst kann man sich ein Begleitheft in Leichter Sprache ausborgen. Das Wien Museum geht in Sachen Inklusion noch einen Schritt weiter. „Wir treffen uns regelmäßig mit einer Gruppe von Menschen mit Lernschwierigkeiten und erarbeiten gemeinsam die Inhalte, die sie interessieren“, erzählt Kulturvermittlerin Anna Stanka. Informationen zur Dauerausstellung stehen außerdem

als digitaler Guide auf der Website zur Verfügung. Zu jedem Thema gibt es ein Bild und ein kurzes ein- bis zweiminütiges Audio in Einfacher Sprache. Wer wissen möchte, wo sich das Objekt befindet, dem zeigt nach einem Klick eine Karte den genauen Standort. Ein interessantes Angebot für die Zielgruppe, nur leider ohne direkten Link zum Guide schwer auffindbar. Aber das soll sich noch ändern, denn im Wien Museum wolle man alle Zielgruppen ansprechen, so Stanka.

Bei all den gut gemeinten Angeboten bleibt die Perspektive der Betroffenen essenziell. Oder wie „andererseits“-Redakteur Nikolai Prodöhl es auf den Punkt bringt: „Angebote in Einfacher Sprache müssen Menschen mit Lernbehinderungen testen, dann wäre auch gewährleistet, dass die Qualität passt.“

Frederike Demattio ist freie Journalistin mit Schwerpunkt auf Soziales und Gesellschaft.



SOZIALHILFE

„Jeder Cent wird umgedreht“

Großfamilien in der Sozialhilfe: Eine Sozialarbeiterin erzählt, wie Familien mit mehreren Kindern in Wien trotz Erwerbsarbeit und Beihilfen unter der Armutsgrenze leben und was die öffentliche Debatte mit ihnen macht.

TEXT: MIRIAM AL KAFUR

In einer kleinen Wohnung in Wien teilen sich fünf Kinder zwei Zimmer. Die Eltern schlafen in der Wohnküche. Die Miete verschlingt 1.200 Euro im Monat, dabei sind die Energiekosten noch nicht mitgerechnet.

Das Haushaltseinkommen der Familie beträgt 5.298,90 Euro. Eine Summe, die auf den ersten Blick sehr hoch scheint. Sie setzt sich zusammen aus Mindestsicherung, Löhnen und Familienbeihilfe. Doch bei sieben Personen im Haushalt

liegt die Armutgefährdungsschwelle laut der Europäischen Gemeinschaftsstatistik über Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC) bei 5.648 Euro. Die Armutgefährdungsschwelle orientiert sich am mittleren Einkommen der



Wenn das Geld nicht reicht, muss jede Ausgabe zigfach abgewogen werden. Ein Ausflug mit den Kindern ins Schwimmbad oder die Reparatur eines Haushaltsgerätes wird dabei zu einer enormen Belastung.

Bevölkerung und liegt bei 60 Prozent des Medians. Das Geld reicht vorne und hinten nicht. Und damit ist die Familie kein Einzelfall.

„Die meisten Familien, mit denen ich arbeite, leben unter dieser Schwelle. In den meisten Fällen geht sich ein Leben über der Schwelle nicht aus. Manche leben prekärer, manche etwas stabiler, aber die Unsicherheit ist fast immer da“, sagt Angelika Koller. Sie ist Sozialarbeiterin bei der Volkshilfe Österreich und betreut Familien, die von Armut betroffen sind. Viele von ihnen kämpfen mit

Mehrfachbelastungen: hohe Wohnkosten, wenig Platz, mangelnde Rückzugsmöglichkeiten für Kinder, keine finanziellen Puffer. In den meisten Fällen ist das Leben in der Mindestsicherung von Unsicherheit und Verzicht geprägt. „Ich spreche selten mit Familien, die nicht sagen, dass sie am Monatsende jeden Cent umdrehen müssen“, erklärt Koller. Koller schildert den Fall der eingangs erwähnten Familie, die mit fünf Kindern in Wien lebt. Der Vater arbeitet, der 17-jährige Sohn hat einen geringfügigen Job, mit dem er zur Haushaltsskasse der Familie beisteuert. Die Mindestsicherung beträgt 2.520,23 Euro, dazu kommen Lohn und Familienbeihilfe, macht also einen Gesamtbetrag von 5.298,90 Euro. Die Miete macht mit

"Viele Eltern erzählen mir, dass ihre Kinder in der Schule gemobbt werden. Die Familien schämen sich."

1.200 Euro fast ein Viertel der Gesamteinnahmen aus. Sozialarbeiterin Koller erklärt: „Vier von fünf Kindern sind im Teenageralter und haben daher auch die entsprechenden Bedürfnisse. Das Geld reicht gerade so. An Freizeit, Rückzugsräume oder Krisenreserven ist nicht zu denken.“

Eine weitere Familie, die Koller betreut, zeigt, wie Bürokratie Armut verstärken kann: Eine alleinerziehende Mutter mit drei kleinen Kindern hat ein monatliches Einkommen von rund 2.600 Euro. Damit liegt auch diese Familie unter der Armutsgefährdungsschwelle. Laut Gesetz musste sie zunächst alle anderen bürokratischen Hürden überwinden, etwa das Geltendmachen der Alimentsansprüche, bevor ein Anspruch auf Mindestsicherung entstand. Durch das vorübergehende Ausbleiben

der Geldleistung entstanden Mietrückstände, die zu Gerichtskosten und damit neuen Schulden führten. „Das System ist hochkomplex, besonders für Frauen in Mehrfachbelastung. Diese Situation war keine selbstverschuldete, sondern eine durch bürokratische Lücken erzeugte.“ Doch in Kollers Augen ist diese Familie exemplarisch für viele andere, die Sozialhilfe empfangen.

Stigma statt Solidarität

Was viele der von Armut betroffenen Familien zusätzlich belastet, ist das Bild, das Politik und Medien von ihnen zeichnen. Schlagzeilen wie jene über eine 13-köpfige syrische Großfamilie, die 9.000 Euro Sozialhilfe erhalten haben soll, dominieren die öffentliche Debatte. Dass es sich bei diesen Haushaltsgrößen um absolute Einzelfälle handelt – und oft Familienbeihilfe oder Erwerbseinkommen den Großteil der Summe ausmachen – wird dabei selten erwähnt.

„Diese Geschichten führen zu massiver Stigmatisierung“, sagt Koller, „viele Eltern erzählen mir, dass ihre Kinder in der Schule gemobbt werden. Die Familien schämen sich. Die Scham ist einer der Hauptgründe, warum viele Menschen ihre Ansprüche gar nicht geltend machen.“ Dabei sei die Sozialhilfe ein gesetzlich verankertes Recht und ein zentrales Sicherheitsnetz.

Viel unbezahlte Care-Arbeit

Einer der hartnäckigsten Vorwürfe gegen Sozialhilfeempfänger:innen ist jener von der „sozialen Hängematte“. Koller widerspricht entschieden, denn die Realität sieht anders aus: Viele der Menschen, die Sozialhilfe beziehen, haben ein eigenes Einkommen – etwa aus einem Teilzeitjob, einem geringfügigen Beschäftigungsverhältnis oder durch



Angelika Koller betreut armutsbetroffene Familien und kennt die Mehrfachbelastungen aus hohen Wohnkosten, wenig Platz und keinem finanziellen Puffer. Obendrein kommt noch die Scham.

Unterhaltszahlungen. Doch das Geld reicht nicht, um über die Runden zu kommen. Andere stehen aufgrund von Krankheit, Kinderbetreuung oder Pflegeverpflichtungen dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung. Grundsätzlich gilt aber: Wer arbeitsfähig ist, muss dem Arbeitsmarkt zur Verfügung zu stehen. „Wer dem nicht nachkommt, bekommt weniger Sozialhilfe“, so die Sozialarbeiterin. Großfamilien seien zudem stark von unbezahler Care-Arbeit geprägt. Kochen, putzen, organisieren, Kleidung besorgen. All das kostet Kraft und Geld. Hinzu kommt der mentale Druck, die sogenannte „Mental Load“ liegt meist bei den Müttern. „Diese Familien leben nicht in der Hängematte. Sie jonglieren ständig zwischen Bedarf und Mangel.“

Ein System mit Hürden

Hinzu kommt die Intransparenz des Systems. Wer wie viel bekommt, hängt vom jeweiligen Bundesland ab. Die Antragstellung ist kompliziert, es bestehen viele Hürden. Fachleute sprechen von einem „sozialbürokratischen Fleckerlteppich“. „Wir als Volkshilfe fordern seit Jahren eine österreichweit einheitliche Regelung. Es kann nicht sein, dass es

vom Wohnort eines Kindes abhängt, wie viel es bekommt“, sagt Koller. Das System sei nicht nur ungerecht, sondern auch schwer verständlich – selbst für Fachkräfte.

Weiters sei es ein Mythos, dass Menschen in Armut nicht mit Geld umgehen könnten. Der Alltag verlangt im Gegenteil kreative Lösungen: „Viele Familien entwickeln oft beeindruckende Strategien, um das Beste aus wenig zu

"Es kann nicht sein, dass es vom Wohnort eines Kindes abhängt, wie viel es bekommt", sagt die Sozialarbeiterin.

machen. Sie tauschen Kleidung, vergleichen Preise, nutzen jedes Rabattheft. Sie sind gezwungen, jede Ressource auszubeuten. Wer behauptet, diese Menschen könnten nicht mit Geld umgehen, war noch nie in ihrer Situation.“

Immer wieder werden auch Forderungen laut, Geld durch Sachleistungen zu ersetzen. Koller sieht das kritisch: „Natürlich ist ein Gratis-Mittagessen gut. Aber nur Gutscheine statt Geld sind kein Ersatz. Das ist entmündigend. Unserer Erfahrung nach setzen Familien

ihre Prioritäten sehr verantwortungsvoll. Sie wissen genau, was ihre Kinder brauchen.“

Kinder besonders betroffen

Armut trifft Kinder besonders hart. Sie haben keinen Einfluss auf die finanzielle Situation ihrer Eltern, aber sie spüren die Folgen jeden Tag, sei es in der Schule oder in der Freizeit. „Armut bedeutet weniger Chancen. Weniger Platz zum Lernen. Dabei sind Kinder die Zukunft“, sagt Sozialarbeiterin Angelika Koller. Je mehr Kinder eine Familie hat, desto größer ist auch der organisatorische und finanzielle Aufwand.

Deshalb fordert die Volkshilfe eine Kindergrundsicherung basierend auf den Referenzbudgets der Schuldnerberatung kombiniert mit kostenfreier Infrastruktur: Kindergarten, Schule, Mittagessen, Freizeitangebote. „Wir brauchen beides: Geld und Angebote. Jedes fünfte Kind in Österreich ist armutsgefährdet. Auch Bildung wird nach wie vor vererbt“, so Koller.

Auf die Frage, was sich am dringendsten ändern müsste, antwortet die Sozialarbeiterin: „Wir brauchen Mindestgrenzen statt Höchstgrenzen in der Sozialhilfe. Wir brauchen höhere Löhne im Niedriglohnsektor. Und wir brauchen politische Debatten, die nicht auf dem Rücken von Kindern geführt werden.“ Besonders freut sie sich, wenn sie von Familien positive Rückmeldungen bekommt. Zum Beispiel jene von einem Vater, der gleichzeitig seinem Sohn das Fußballtraining sowie die Stromrechnung bezahlen konnte: „Für uns klingt das klein. Für ihn war das ein riesiger Schritt in Richtung Alltag mit Würde.“

Miriam Al Kafur ist freie Journalistin und schreibt vor allem über die Schnittstelle zwischen Gesellschaft und Politik sowie Menschen, die im Kleinen viel bewegen möchten.

ANKOMMEN

Drei Jahrzehnte Türen, die sich öffnen

Seit dreißig Jahren bietet das Integrationshaus in Wien geflüchteten Menschen einen würdigen Start ins neue Leben in Österreich. Ein Besuch zum Jubiläum.

TEXT UND FOTOS : MILENA ÖSTERREICHER



Geschäftsführer Martin Wurzenrainer und Daneta Memišević eine der ersten Bewohner:innen und heute im Vorstand des Integrationshaus.

„Das war ein Wow-Erlebnis“, erzählt Daneta Memišević heute über jenen Tag im Juni 1995, als sie als eine der ersten Bewohnerinnen ihre neue Wohnung in der Engerthstraße 163 betrat. „Wir hatten einen Schlüssel. Wir konnten zusperren. Zum ersten Mal seit der Flucht hatten wir unsere Privatsphäre.“

Der Bosnienkrieg hatte Memišević aus Sarajevo nach Wien geführt. Ihr Kind war krank, die Behandlung war durch den Krieg unmöglich geworden. Memišević kam im April 1994 mit ihren Kindern in die österreichische Hauptstadt und landete zunächst in einer Abfolge von Flüchtlingsunterkünften: Mehrbettzimmer ohne Rückzugsmöglichkeiten, Betttücher als Raumteiler, eine Atmosphäre permanenter Anspannung.

Was sie im Integrationshaus vorfand, war das Gegenteil: eine kleine Wohnung, eine Tür, die man abschließen konnte, eine Betreuerin, die Zeit hatte und die österreichischen Systeme ge-

duldig erklärte, vom Schulwesen bis zu den Behördengängen. Bald arbeitete die ehemalige Volksschullehrerin selbst in der Nachmittagsbetreuung des Hauses, lernte zugleich Deutsch und Gebärdensprache. „Ich habe mich in die Gebärdensprache verliebt“, sagt sie. Sie war eine Sprache, die sie mit Freude lernte, und sie habe ihr geholfen, auch die deutsche Sprache zu lernen. 1996 zog

Memišević in ihre erste eigene Wohnung und fand Arbeit im Gehörlosenverein „Witaf“.

Ein Anfang mit Widerstand

Die Geschichte des Integrationshauses beginnt bereits ein Jahr vor Memiševićs Einzug. Die Erinnerungen an das „Lichtermeer“ 1993 gegen Jörg Haiders Anti-Ausländer-Volksbegehren waren noch

frisch: ein Zeichen gegen Hass, das unter anderem von Willi Resetarits organisiert wurde. Resetarits, Musiker und unermüdlicher Menschenrechtsaktivist, hatte damals den Entschluss gefasst, dass Protest allein nicht reicht. Gemeinsam mit Sepp Stranig und einer Gruppe Gleichgesinnter wollte er einen Ort schaffen, an dem Geflüchtete menschenwürdig wohnen und begleitet in ein neues Leben starten können. FPÖ-Politiker und Boulevardblätter wetterten gegen die Pläne, ein Haus im zweiten Bezirk für Geflüchtete zu adaptieren. Schlagzeilen warnten vor einer „No-Go-Area“. Dennoch stellte die Stadt Wien ein Gebäude in der Engerthstraße zur Verfügung. Der Umbau begann: kleine Wohneinheiten mit Kochgelegenheiten statt Großküche, private Rückzugsräume statt Massenquartier. „Es war von Anfang an klar: Die Menschen sollen Privatsphäre haben und auch selbst kochen können, was sie essen wollen“, sagt der heutige Geschäftsführer Martin Wurzenrainer. Am 5. Juni 1995 wurde das Integrationshaus eröffnet. Die Proteste verstummt bald, manche Anrainer:innen kamen mit Sachspenden vorbei.

Mehr als ein Dach über dem Kopf

Heute umfasst das Haus 40 Wohneinheiten für 110 Menschen, zwei Wohngemeinschaften für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge sowie externe Wohnungen für jene, die bereits selbstständig leben können. Von Beginn an verstand sich das Integrationshaus nicht nur als Unterkunft. Die Vision war ein ganzheitliches System aus Wohnen, Beratung, Bildung und psychosozialer Betreuung. 188 Mitarbeiter:innen – Sozialarbeiter:innen, Pädagog:innen, Psycholog:innen, Dolmetscher:innen –

sowie über 50 Ehrenamtliche sind für den Verein im Einsatz.

Die Geschichte des Integrationshauses spiegelt auch die Migrationsgeschichte Österreichs wider. In den 1990er-Jahren waren es vor allem Menschen aus Bosnien und dem Irak, die kamen. Heute sind es Familien aus der Ukraine, Syrien, Somalia oder Tschetschenien

Unterkünfte bedeuteten damals Mehrbettzimmer ohne Rückzug und eine Atmosphäre permanenter Anspannung.

en. Und immer wieder unbegleitete Jugendliche: eine besonders verletzliche Gruppe, für die das Integrationshaus schon 2001 eine eigene Clearingstelle erkämpfte. „Diese jungen Menschen brauchen eine andere Betreuung als Erwachsene“, so Geschäftsführer Wurzenrainer. Besonders wichtig für sie sind Stabilität, Bildung, Orientierung

und Menschen, die ihnen vertrauen. Viele der Bewohner:innen haben schwere Traumata, erlitten durch Krieg, Flucht und Verlust. Aufgrund der entsprechenden Fachkräfte finden besonders traumatisierte Familien im Integrationshaus einen Platz.

Der Geschmack von Zuhause

Für Amal aus Syrien, die eigentlich anders heißt, ist das Integrationshaus mehr als ein sicherer Ort. „Es ist wie eine zweite Familie“, erzählt sie. Nach ihrer Ankunft in Wien lebte sie mit ihren vier Kindern zunächst in einem Hotel: „Ich konnte dort nicht selbst kochen, das Essen war fremd für uns und niemand sprach Englisch oder Arabisch.“ Erst im Integrationshaus konnte sie wieder selbst für ihre Familie sorgen. Ihre Kinder baten sie um Mloukhia, ein traditionelles syrisches Gericht. „Da wusste ich, wir sind angekommen.“ Heute sind ihre zwei ältesten Kinder die Besten in

40 Wohneinheiten für 110 Menschen bietet das Integrationshaus. Angeboten werden auch psychosoziale Intensivbetreuung, Rechtsberatung sowie Deutsch- und Basisbildungskurse.



Foto: Bub Dujmic



Amal aus Syrien fühlt sich im Integrationshaus zuhause und zeigt sich über die Unterstützung dankbar. Stolz ist sie auf ihre beiden ältesten Kinder, die mittlerweile die Besten ihrer Klassen sind.

ihren Klassen. Amal und ihr Mann versuchen, sie in Deutsch, Arabisch und Englisch zu fördern. „Unsere Sprache ist wichtig, aber auch, dass sie hier bestehen können“, sagt sie. Sonntags geht die Familie manchmal auf die Donauinsel, ins Kino oder zum Schwimmen, doch meist bleibt neben dem Kochen und der schulischen Unterstützung keine Zeit für Ausflüge, zumal inzwischen zwei Kinder hinzugekommen sind. „Ich hoffe, ich kann in Zukunft etwas für Ös-

terreich tun. Ich bin sehr dankbar“, sagt Amal.

Vielseitige Unterstützung

In drei Jahrzehnten hat das Integrationshaus mehr als 80.000 Menschen unterstützt. Meilensteine waren für Geschäftsführer Martin Wurzenrainer die gesetzliche Verankerung der Grundversorgung 2004, die auch die Flüchtlingsbetreuung auf stabilere Beine stellte, die hauseigenen Bildungsprogramme wie

„JAWA“, das jungen Geflüchteten den Einstieg in den Arbeitsmarkt erleichtert – „mit einer Erfolgsquote von über 80 Prozent“ –, und der Ausbau mobiler Betreuung externer Wohnungen ab 2016. Finanziert wird das Haus überwiegend von Förderungen, unter anderem vom Fonds Soziales Wien. Rund 15 Prozent – etwa 1,6 Millionen Euro – stammen aus Spenden. „Wir haben sehr treue Kleinspender:innen, über die wir uns sehr freuen, denn jeder Euro zählt“, sagt Wurzenrainer. Eine wichtige Rolle spielen auch Events wie der jährlich stattfindende Wiener Flüchtlingsball, die Kabarettabende unter dem Motto „Lachen hilft!“ oder die Aktion „Hilfe Geschenke“ der Wiener Wochenzeitung „Falter“, die jedes Jahr eine wichtige Säule der Spendenbasis bildet. Die unabhängige Rechtsberatung sowie die psychologische Kinderbetreuung gebe es nur dank der privaten Spenden, so der Geschäftsführer. Das Integrationshaus hat in dreißig Jahren auch Standards in der Flüchtlingsbetreuung gesetzt. Es hat gezeigt, dass Geflüchtete nicht in Turnhallen oder Baracken hausen müssen, dass Privatsphäre, eigene Kochmöglichkeiten und gezielte Bildungsangebote das Ankommen menschlich und einfacher machen. „Hier hat meine Integration begonnen“, sagt auch Daneta Memišević. „Nicht, weil plötzlich alles leicht war, sondern weil ich nicht allein war.“ Memišević ist heute Vorstandsmitglied im Integrationshaus. Sie weiß, wie weit der Weg von einer Massenunterkunft zu einem eigenen Zuhause sein kann. Das Integrationshaus ist für sie weiterhin ein Ort, an dem sich Türen öffnen. Nun unterstützt sie andere dabei, die Schwelle zu überschreiten. Denn auch nach drei Jahrzehnten gilt: Geöffnete Türen können Leben verändern.

POPULÄR GESEHEN

Haltungsnoten

Haltung und Erwartung haben riesige Folgen für Kinder. Sind wir uns dessen bewusst?

EINE KOLUMNE VON MARTIN SCHENK
Illustration: Petja Dimitrova



Martin Schenk ist Sozialexperte der Diakonie Österreich.

Ein Klassenzimmer. Der Unterricht läuft, ein Schüler sitzt da, Kopfhörer im Ohr, die Musik leise hörbar. Ein anderer hat die Füße auf dem Tisch, zwei raufen im hinteren Teil des Raumes, ein dritter tippt auf seinem Handy. In einem Experiment wurden angehenden Lehrkräften genau solche Bilder gezeigt – Fotos von Schülerinnen und Schülern, die aber unterschiedliche soziale Schichten repräsentierten. Die einen mit weniger Geld und Status, die anderen mit mehr.

Die Aufgabe: Spontan angeben, welche disziplinarische Maßnahme in der jeweiligen Situation angemessen erscheint. Ignorieren? Ein leises Gespräch unter vier Augen? Eine Rüge vor der Klasse? Eine offizielle Ermahnung, eine Klassenbucheintragung, vielleicht sogar eine Suspendierung? Das eindrückliche Ergebnis der Untersuchung: Fast 40 Prozent der Lehrenden behandeln die Kinder unterschiedlich – und zwar nach deren sozialer Herkunft. Auffallend war, dass für Kinder aus reicherem Haus öfters disziplinäre Handlungen gewählt wurden, die in einem diskreten leisen Gespräch vonstatten gin-

gen, aber für Kinder mit Herkunft von „unten“ wurden disziplinäre Maßnahmen gewählt, die den Schüler vor der ganzen Klasse zur Rechenschaft zogen. Die einen diskret privat, die andern beschämend und öffentlich.

Haltung und Erwartung haben riesige Folgen für Kinder. In einem ähnlichen Experiment wurde Lehrpersonen gesagt, dass bestimmte Kinder in den Klassen überdurchschnittlich intelligent seien. Die Lehrkräfte wussten allerdings nicht, dass die angeblich intellektuell weiterentwickelten Schüler ganz willkürlich gewählt worden waren. Für diese zufällig als gescheiter gesehenen Kinder hatte das eine große Wirkung in Lernen und Leistung. Die Lehrer investierten mehr Zeit, zeigten größere Geduld und schenkten ihnen mehr Zuwendung. Wer als lehrende Person glaubt, dass ein Kind etwas kann, der sorgt eher dafür, dass es das auch tut. Wer hingegen auf Fehler wartet, wird sie auch finden. Schule ist nicht nur ein Ort des Lernens – sie ist ein Ort der Bestätigung dessen, was wir insgeheim schon immer zu glauben wissen.

POLIZEIKOLUMNE

Im eigenen Saft

Eine Polizei die Menschenrechte schützen will, braucht Ambiguitätskompetenz. Der Verzicht auf externe Trainer:innen in der Offiziersausbildung schwächt diese Kompetenz auf allen Ebenen.

POLIZEIKOLUMNE - PHILIPP SONDEREGGER
BEOBACHTET DIE STAATSGEWALT.
Illustration: Petja Dimitrova

Die österreichische Polizei braucht sich im europäischen Vergleich nicht zu verstecken. Das liegt nicht zuletzt daran, dass sie sich selbst als Menschenrechtsschutzorganisation versteht – eine Idee, die hartnäckige Menschenrechtler:innen der Polizei Anfang der 2000er-Jahre schmackhaft machen konnten. Heute zeigt dieses Selbstverständnis Wirkung: Neben der Grätzelpolizei und einer eigenen Einheit gegen Polizeigewalt wird der Wandel vor allem in der Ausbildung sichtbar – sie wurde in den vergangenen Jahren grundlegend neu ausgerichtet. Ausgerechnet bei diesen Schulungen wird jetzt der Rotstift angesetzt. Besonders schmerhaft: die Menschenrechtsbildung von Offizier:innen soll künftig ohne externe Trainer:innen auskommen. Doch Menschenrechtsbildung ist kein technischer Lehrinhalt wie Waffenrecht oder Einsatztaktik. Sie lebt vom Dialog, von Reflexion – und davon, die eigene Praxis immer wieder zu hinterfragen. Externe Expert:innen bringen nicht nur Fachwissen, sondern auch andere Lebensrealitäten in den Seminarraum. Ihre Perspektiven

RE-CHECK



Philipp Sonderegger ist Menschenrechtler, lebt in Wien und bloggt auf phsblog.at.

stoßen Reflexion an, fördern Ambiguitätstoleranz und stellen eingefahrene Denkmuster infrage. Nun droht das Garen im eigenen Saft – ohne Reibung, ohne Perspektivenwechsel, ohne Wirkung. Wer heute bei der Offizier:innenausbildung spart, zahlt morgen doppelt. Denn bald stehen die Offizier:innen als Führungskräfte im Dienst. Sie leiten Einsätze und prägen als Vorbilder junge Polizist:innen. Ihre Ausbildung formt die mentale Ausrichtung einer ganzen Kohorte – und die ist groß: Die Pensionierungswelle der Babyboomer erfordert viele Neuerstellungen. Übermorgen steigen diese Offizier:innen in höhere Leitungsfunktionen auf. Dann treffen sie strategische Entscheidungen zur künftigen Ausrichtung der Polizei. Wer Menschenrechte schützen will, braucht Ambiguitätskompetenz. Im Streifendienst beim Kontakt mit der Bevölkerung, in der Führung der Truppe oder bei strategischen Entscheidungen an der Spitze. Der Verzicht auf externe Trainer:innen in der Offiziersausbildung schwächt diese Kompetenz auf allen Ebenen.

Politik ohne Repräsentation

Wie will die Politik über Migration sprechen, wenn sie keine Personen mit Migrationsbiografie in den eigenen Reihen hat?

VANESSA SPANBAUER CHECKT MEHRFACH:
EINE KOLUMNE ÜBER DIVERSITÄT, FEMINISMUS
UND MIGRATION.
Illustration: Petja Dimitrova



Vanessa Spanbauer ist Journalistin und Historikerin aus Wien.

Migration ist eines der meist diskutierten Themen in der österreichischen politischen Landschaft. In mittlerweile jedem Wahlkampf wird dieses Thema als wahlentscheidend empfunden, besonders auch, weil die FPÖ dieses Thema instrumentalisiert, um mit ihren rassistischen Narrativen auf Stimmenfang zu gehen. Die übrigen Parteien – im Besonderen die ÖVP – springen auf den Zug auf, damit sie am Kuchen der rassistischen Wähler:innenstimmen mitnaschen können. Und obwohl sich viele Personen im Nationalrat und in anderen politischen Ämtern mit dem Thema Migration beschäftigen, können die Wenigsten etwas mit der Lebensrealität von Migrant:innen und den nachfolgenden Generationen anfangen. Seit mittlerweile weit mehr als einem Jahrzehnt wird über Repräsentation und Diversität im österreichischen Nationalrat gesprochen. Abgeordnete mit Migrationsbiografie waren schon immer kaum vorhanden und an zwei Händen abzählbar. Momentan fällt allerdings auf, dass die Stimmen im Parlament mit Migrationsbiografie wieder zurückgehen. Und

auch an anderen Stellen merkt man, dass wichtige politische Stimmen sich zurückziehen. Wenig Augenmerk scheint man derzeit in den Parteien darauf zu legen, wer die Gesellschaft abbilden kann – und somit die Chancen und Probleme, die mit Migration einhergehen, versteht. Personen mit Migrationsbiografie, die mit Mut und großen Erwartungen in die Politik gingen, steigen ernüchtert wieder aus. Zu starr scheinen die Strukturen zu sein, um Menschen eine Chance zu geben, die traditionell noch keine Basis in den Parteien aufbauen konnten.

In der Politik scheint es Schranken zu geben. Diese Schranken verhindern es scheinbar, Menschen, bei denen Migration eine starke Präsenz hat, in wichtige Entscheidungen rund um das Thema einzubeziehen. Es ist wichtig, dass wir weiterhin beobachten, wer uns auf politischer Ebene vertritt. In den nächsten Jahren wäre es angebracht, wenn Parteien Nachwuchs suchen, der weitere Anteile der Bevölkerung vertritt.

SERVUS ALAYKUM

KOLUMNE

Kopftuch-Kasperle

Einblicke in das (Er-)Leben der österreichischen Gesellschaft aus Sicht einer Wiener Muslima. Mit dunkelbuntem Humor und feurigem Temperament, aus dem Herzen Österreichs.

TEXT: MENERVA HAMMAD



Illustration: Petja Dimitrova

Hand auf's Herz: Sind Sie die ewige Diskussion um's blöde Kopftuch nicht auch schon Leid? Na i a und dabei trag' i oans! Wissen Sie was: Einer jeden Frau, die des Ding hier in Europa trägt, geht diese deppate Debatte scho am Oasch. Aber unsere Politiker:innen lieben es, das Urteilen, Bestimmen und Quatschen darüber, und wieso? Weil es andere, äußerst wichtige, politische Veränderungen so gut verschleiert. Es ist wie Zauberei:

*Simsalabim,
zum Kopftuch horchen alle hin,
alles andere verpufft, so,
als hätte man nie davon gewusst.
Und alle Deppen machen mit!
Das Kopftuchthema ist unser
einziger Hit!
Es fallen immer und alle darauf rein!
Nur auskennen tut sich kein Schwein.*

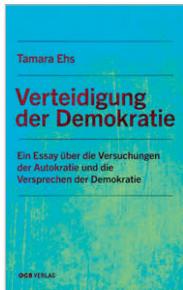
Eigentlich sollten uns vor Rührung die Tränen kommen, bedenke man, wie viel den ÖVP-Frauen immer an den muslimischen Mädchen und Frauen liegt. Man könnte fast meinen, sie seien von uns besessen, so sehr spielen wir in

deren politischer Laufbahn eine große Rolle – meistens auch die einzige, wenn wir uns ehrlich sind, weil: Wann sonst machen sie Schlagzeilen? Zuerst war es die ehemalige Frauenministerin, die das Kopftuch für Mädchen unter 14 Jahren verboten hat – naja, sie versuchte es jedenfalls vehement. Der Verfassungsgerichtshof ließ das Gesetz kippen, da Österreich die Religionsfreiheit als grundlegendes Recht in der Bundesverfassung verankert hat. Das schützt die freie Ausübung des Glaubens sowie die persönliche Gewissensentscheidung. Nun will die momentan amtierende Integrationsministerin, Claudia Plakolm (ÖVP) unbedingt das Kopftuch – schon ab Herbst 2025 – für Mädchen verbieten, weil sie der Meinung ist, dass das islamische Kopftuch ein Symbol der Unterdrückung sei, die jüdische Kippa, oder das christliche Kreuz jedoch nicht. Das sagte sie in einem Interview und das Video ging viral – nicht auf die gute Art. Man muss weder eine muslimische Person, noch in irgendeiner Religion gut belesen sein, um das Offensichtliche zu erkennen: Frau Plakolm möchte ein Gesetz beschließen, in dem sie 1. muslimischen Eltern vorwirft: „Ihr un-

terdrückt eure Töchter, deswegen müssen wir diese beschützen.“ 2. Heranwachsenden muslimischen Mädchen das falscheste Zeichen, das man jungen Menschen überhaupt setzen kann, gibt: „Die Regierung bestimmt über deinen Körper und deine Kleidung“ – hat ja im Iran super geklappt! und 3. die Gefahr übersieht, die daraus resultieren kann, denn das ist eigentlich das perfekte Rezept, um Radikalisierung zu gebären: Man erschafft Außenseiter:innen aus Menschen, die eigentlich als Teil der Gesellschaft heranwachsen sollten. Die einzigen Personen, die bei solchen Gesetzesvorschlägen gewinnen, sind jene, die sie beschließen möchten – dabei geht es weder um das Kindeswohl, noch um einen angeblichen Schutz, sondern um Publicity. Es geht darum, die eigene Persona mit ein paar schockierenden Kopftuch-Sagern auf einem Titelblatt zu sehen, so quasi als kurzer, persönlicher Triumph, bevor sich die eine oder andere Partei wieder durch irgendwelche geleakten Nachrichten oder Videos ins Knie schießt und eine neue Regierung erstellt werden muss. Ob die Wähler:innenschaft mitdenkt, ist eine andere Frage ...

DOSSIERMEDIEN

BUCH



Kein Selbstläufer

Damit die Demokratie eine Zukunft hat, muss sie nicht nur verteidigt, sondern auch weiterentwickelt werden. Dies ist eine der zentralen Botschaften in Tamara Ehs' neuem Buch „Verteidigung der Demokratie – Ein Essay über die Versuchungen der Autokratie und die

Versprechen der Demokratie“. Die Politikwissenschaftlerin und Demokratieberaterin widmet sich darin den beiden grundlegenden Versprechen der Demokratie: Freiheit und Gleichheit – Werte, die durch soziale Ungleichheit und schwindende Repräsentation zunehmend unter Druck geraten.

Ehs beleuchtet in ihrem Essay die autoritären Versuchungen, die dann Zuspruch finden, wenn demokratische Versprechen unerfüllt bleiben. Als Ge genmittel plädiert sie für den gezielten Ausbau demokratischer Resilienz und Partizipation: mehr Bürger:innenräte, eine gerechte Steuerpolitik, die Begrenzung von Parteispenden sowie eine stärkere soziale Repräsentation im Parlament.

Das Fazit ist klar: Demokratie darf nicht im Status quo verharren – sie muss kontinuierlich ausgebaut und erneuert werden, um weiterhin Bestand zu haben. Dazu sollten wir uns fragen: Was verteidigen wir genau, wenn es um Demokratie geht, und sollte nicht auch schon längst viel breiter über deren Erweiterung gesprochen werden? (red)

Tamara Ehs
Verteidigung der Demokratie
 ÖGB-Verlag 2025
 160 Seiten, 19,90 Euro

BUCH



Demokratie in jedem Alltagsmoment

Weltweit werden Menschenrechte in Frage gestellt, autoritäre Tendenzen nehmen zu. Darauf müssen Demokratien und die in ihr lebenden Menschen reagieren. Ein Ansatz ist dabei Demokratie-Bildung. Dieser gehen Dirk Lan-

ge und Tobias Doppelbauer in ihrem Buch „Demokratie bilden!“ nach, das in Zusammenarbeit mit dem Demokratiezentrum Wien entstanden ist.

Demokratie ist eine Herrschaftsform, aber zugleich auch eine Gesellschafts- und eine Lebensform. Nach einer theoretischen Einführung zeigt das Buch daher, was jeder einzelne für eine Demokratie vor allem als eine gelebte Praxis tun kann. Denn Demokratie ist mehr als nur ein Wahlsystem. Sie beginnt im Alltag, wie das Buch mit anschaulichen Beispielen zeigt: beim Anstellen an der Supermarktkassa, im Sportverein, in Wohnprojekten, bei der Erziehung der Kinder, der Gründung

eines Betriebsrats, im täglichen Einsatz gegen Rassismus oder beim Kampf für einen fairen Zugang zur Staatsbürgerschaft und zum Wahlrecht. Voraussetzung dafür ist eine Bildung und Selbstbildung, in der sich Bürger:innen ihres eigenen, demokratischen Selbst bewusst werden. Dazu liefern die Autoren eine passende Grundlage. (red)

Dirk Lange, Tobias Doppelbauer
Demokratie bilden!
 Anton Pustet 2025
 128 Seiten, 20 Euro

POPULÄRKULTUR

GRAPHIC NOVEL



Gegen die Entsolidarisierung

„Wie geht es dir?“ – es ist eine scheinbar einfache Frage, die fast jede der 60 einzelnen Episoden dieses Comicbands eröffnet. Doch hier besitzt sie besonderes Gewicht: Die Gesprächspartner:innen sind jüdische und muslimische Menschen, die meisten

in Deutschland lebend, viele mit familiären Verbindungen nach Israel oder Gaza. Unter ihnen Künstler:innen, Wissenschaftler:innen, Aktivist:innen und Vertreter:innen religiöser wie zivilgesellschaftlicher Organisationen, manche Überlebende der Shoah. Nach dem terroristischen Angriff der Hamas auf Israel im Oktober 2023 interessierte sich kaum jemand für ihr Wohlergehen – umso häufiger wurden sie zur Projektionsfläche sowie Zielscheibe antisemitischer wie antimuslimischer Anfeindungen. Dem wollte das kollektive Projekt „Wie geht es dir?“ etwas entgegensetzen. Anfang

2024 von namhaften Comic-Künstler:innen initiiert (u. a. Nathalie Frank, Birgit Weyhe und Barbara Yelin) entstand zunächst die gleichnamige Onlineplattform, um einen Raum für gemeinsames Trauern und Nachdenken zu schaffen. Inzwischen sind die Gespräche auch in gedruckter Form als großformatige Anthologie erschienen.

Die jeweils einseitigen Beiträge, gestaltet von 48 Comiczeichner:innen, setzen weniger auf politische Analysen. Vielmehr laden sie zum Zuhören ein: komplexe Erzählungen über Angst, Ausgrenzung und Verlust, aber auch von Hoffnung. Immer wieder berichten die Betroffe-

nen vom Streben nach Verständigung und Solidarität – untrennbar verbunden mit dem Wunsch nach Frieden in Israel und Gaza. „Wie geht es dir?“ ist eine kraftvolle Momentaufnahme, deren Vielschichtigkeit in Form und Perspektive einfachen Antworten in einer polarisierten Debatte widerspricht.

(Vina Yun)

Hannah Brinkmann, Nathalie Frank, Michael Jordan, Julia Kleinbeck, Moritz Stetter, Birgit Weyhe, Barbara Yelin (Hg.)

Wie geht es dir? 60 gezeichnete Gespräche nach dem 7. Oktober 2023
avant-verlag 2025
136 Seiten, 37 Euro

PODCAST



Demokratie zum Hinhören

Wie funktioniert das österreichische Parlament? Wie viel Wissenschaft braucht Politik? Ist Lobbyismus besser als sein Ruf? Und können Algorithmen und Künstliche

Intelligenz die Demokratie grundlegend verändern? Im Podcast „Rund ums Parlament“ geht die Journalistin Tatjana Lukáš diesen und vielen weiteren Fragen nach. Das tut sie etwa alle zwei Wochen im Gespräch mit Menschen, die das österreichische Parlament mit Leben füllen. Dazu zählen Mitarbeiter:innen der Sicherheitszentrale ebenso wie Abgeordnete und externe Expert:innen. Der Podcast ist eine zugängliche Möglichkeit, das österreichische Parlament jenseits der politischen

Schlagzeilen kennenzulernen. Manche Folgen widmen sich historischen Entwicklungen, andere beleuchten aktuelle Initiativen oder geben persönliche Einblicke in den Arbeitsalltag im Hohen Haus. Für alle, die besser verstehen wollen, wie Demokratieprozesse in Österreich konkret funktionieren, ist „Rund ums Parlament“ eine hörenswerte Quelle.

Anmerkung: Kurz vor Redaktionsschluss wurde bekannt, dass der Podcast endet.



<https://tinyurl.com/3fwbu4ka>

BUCH



Grenzwirkungen

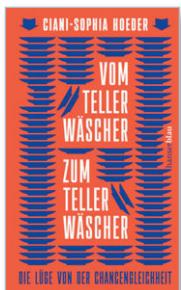
Physische Grenzen wirken sich auch im Inneren aus: gesellschaftlich, mental, politisch. Das zeigt Migrationsforscherin Judith Kohlenberger in ihrem Essay „Grenzen der Gewalt“, wo sie die europäischen Außengrenzen analysiert, die zu politischer Abschottung und institutioneller Gewalt führen. In Zeiten, in denen Österreich migrationspolitisch auf Härte und Abschiebungen – etwa die erste

seit 15 Jahren nach Syrien – und Maßnahmen sowie das Aussetzen von Familiennachzug setzt, ist das Buch aktueller denn je.

Auch Europa fährt seinen Abschottungskurs weiter und wird immer rigorosier. Technische Neuerungen wie das Entry-/Exit-System, das ab Oktober 2025 biometrische Kontrolle an den Schengen-Grenzen automatisiert, verschärfen den Grenzkurs weiter. So wirkt Kohlenbergers Appel der Demokratisierung der Grenzen als notwendiger humanistischer Gegenentwurf – auch und besonders noch ein Jahr nach Erscheinen des Buches. (red)

Judith Kohlenberger
Grenzen der Gewalt
Leykam Verlag 2024
144 Seiten, 16,50 Euro

BUCH



Das Märchen vom Aufstieg

In ihrem Buch „Vom Tellerwäscher zum Tellerwäscher“ spielt die deutsche Journalistin Ciani-Sophia Hoeder mit dem berühmten Aufstiegsmythos und entlarvt ihn zugleich. Das Buch erzählt von fehlender Chancengleichheit, von Klassismus, der alle Lebensbereiche durchzieht, und von prekären Arbeits- und Lebensrealitäten, die für viele Migrant:innen Normalität sind. Auch wenn die Autorin vor-

wiegend über Deutschland schreibt, dürfte vieles davon auch auf Österreich zutreffen. Mit scharfer Beobachtungsgabe und oft auch mit ironischem Unterton wird hier sichtbar, wie wenig Chancen auf sozialen Aufstieg oftmals tatsächlich bestehen. Niedriglöhne, fehlende Anerkennung von Qualifikationen, rassistische Zuschreibungen: In einer Zeit, in der das Thema Migration weiterhin den Diskurs dominiert, zeigt der Text eindringlich, dass es vor allem auch Fragen der Gerechtigkeit und Gleichbehandlung sind, die aktuell ungelöst bleiben. Es erinnert daran, dass Würde und faire Bedingungen keine Privilegien sein dürfen. (red)

Ciani-Sophia Hoeder
Vom Tellerwäscher zum Tellerwäscher
hanserblau 2024
256 Seiten, 20,60 Euro

IMPRESSUM

MO REDAKTION:

c/o SOS Mitmensch, Zollergasse 15/2,
1070 Wien, T +43 1 524 99 00,
F +43 1 524 99 00-9,
redaktion@momagazin.at,
www.momagazin.at

REDAKTION:

Milena Österreicher (Chefredakteurin; mö),
Karin Wasner (Fotoredaktion), Petja Dimitrova (Porträtillus.), Alexander Pollak (apo), P.M. Hoffmann (Illustrationen), Eva Vasari (Illustrationen)

AUTOR:INNEN DIESER AUSGABE:

Miriam Al Kafur, Vedran Džihić, Menerva Hammad, Emilia Ilić, Michael Kerbler, Naz Küçüktekin, Milena Österreicher, Alexander Pollak, Martin Schenk, Philipp Sonderegger, Vanessa Spanbauer, Edgar Subak, Vina Yun

COVERBILD:

Georg Feierfeil

ARTDIREKTION:

Mitko Javritchev

LAYOUT-KONZEPT:

Theo Kammerhofer

DRUCK:

Ferdinand Berger & Söhne GmbH,

Wiener Straße 80, 3580 Horn

ANZEIGEN:

Ute Meißnitzer,
ute.meissnitzer@sosmitmensch.at

Telefon: +43 1 524 99 00-16

ABOS:

Maiko Sakurai, abo@momagazin.at

Telefon: +43 1 524 99 00-23

VERTRIEB:

Beilage „Der Standard“; Straßenkolportage

AUFLAGE:

45.000

HERAUSGEBERIN:

SOS Mitmensch, Zollergasse 15/2, 1070 Wien,

T +43 1 524 99 00, F +43 1 524 99 00-9,

Mail: office@sosmitmensch.at

Web: www.sosmitmensch.at

ZVR: 22747570

OFFENLEGUNG

gem. § 25 MedienG:

Medieninhaber (Verleger) und

Herausgeberin: SOS Mitmensch

Sitz: Wien

Geschäftsführung: Alexander Pollak,

Gerlinde Affenzeller

Obfrau: Zeynep Buyraç

Grundlegende Richtung: Gegen Diskriminierung, für Menschenrechte, Demokratie und Chancengleichheit.

ZVR: 22747570

SPENDEN:

IBAN: AT12 2011 1310 0220 4383

BIC: GIBAATWWXXX

MO ist das Medium von SOS Mitmensch gegen Rassismus und Diskriminierung, für Menschenrechte, Demokratie und Chancengleichheit. Der Nachdruck der Beiträge ist bei Nennung der Quelle und Übersendung von Belegexemplaren ausdrücklich erwünscht, wenn das Copyright nicht ausgewiesen ist. Die Rechte der Fotografien liegen bei den Urheber:innen. Falls keine Urheber:in ausgewiesen ist: SOS Mitmensch.

ANDERE ÜBER ...

Warum braucht es Demokratiebündnisse?

Über den Zustand der Demokratie und den Mut, mehr zu wagen.

KOMMENTAR: MICHAEL KERBLER



Illustration: Petja Dimitrova

Nur Barbaren können sich verteidigen.“ Diese Behauptung, die Friedrich Nietzsche zugeschrieben wird, muss widerlegt werden. Denn es gilt die Demokratie und das, was sie ausmacht, zu verteidigen. Nämlich Freiheit, Gleichheit, Solidarität und Rechtsstaat. Und es werden die „Nicht-Barbaren“ sein, die diese Werte verteidigen. Demokratiebündnisse zum Beispiel.

Denn die, die Österreich zu einer illiberalen Demokratie entstellen wollen, haben ihr Ziel nicht aufgegeben.

Nur zur Erinnerung, was – geht es nach dem Willen führender rechter Politiker:innen – radikal anders werden soll:

Die Unabhängigkeit der Justiz. Denn die Forderung, dass die Justiz der Politik zu folgen hat, ist nicht vom Tisch. Die Medienfreiheit. Dass einem „Scheißblatt“ (FPÖ Wien-Chef D. Nepp) die Presseförderung gestrichen gehört (gemeint ist „DER STANDARD“), belegt, welchen Stellenwert die FPÖ einer freien, unabhängigen Berichterstattung beimisst. Das gilt auch für den ORF. Die österreichische Medienszene, so „Concordia“-Präsident

Andreas Koller, soll „organisiert“ werden.

Die Verleumdung der Zivilgesellschaft. Die Historikerin Anne Applebaum warnte in ihrer Rede zur Eröffnung der Salzburger Festspiele davor, dass „die Zivilgesellschaft mit ihren freien Vereinigungen, ihrer künstlerischen Freiheit und der Freiheit, die uns selbstverständlich geworden ist, heute in aller Welt in Gefahr ist.“ Unter diesen Vorzeichen ergibt die FPÖ-Attacke gegen NGOs in Österreich, verpackt in eine parlamentarische Anfrage (2.175 Einzelanfragen auf mehr als 228 Seiten zu 725 Organisationen!) wieder Sinn. Darin wird zigtausenden Österreicher:innen, die sich ehrenamtlich oder professionell in wichtigen Bereichen engagieren, unterstellt, ein „NGO-Business“ zu betreiben.

Warum dieser FPÖ-Ausritt gegen so viele engagierte Österreicher:innen? Weil deren Parteistrateg:innen erkannt haben, dass eine gut vernetzte zivilgesellschaftliche Gegenöffentlichkeit mindestens so ernst zu nehmen ist, wie konkurrierende Parteien. Noch dazu haben zivilgesellschaftliche Gruppen

ungen kontinuierlich an Sympathie im Land gewonnen, während Parteien an Vertrauen in der Bevölkerung verloren haben. Mehr als 1,4 Millionen Nicht-Wähler:innen belegen das.

Eines steht fest: wir wollen weder eine illiberale Demokratie sein, wie Ungarn sie ertragen muss, noch Zustände wie in den USA, die Donald Trump in eine Überwachungsdemokratie verwandelt. Deshalb braucht es Demokratiebündnisse, die aufstehen und „Nein“ zur Demontage einer freien und selbstbestimmten Gesellschaft sagen. Die auf's Miteinander-Reden setzen. Weil zu deren Prinzipien die gleiche Achtung für jede:n und die solidarische Verantwortung füreinander gehört.

Ja, wir werden unsere Demokratie verteidigen. Und wir wollen mehr Demokratie wagen. Gemeinsam!

Michael Kerbler ist Mitglied der Steuerungsgruppe des „Bündnis 2025“.

Hinweis: In der Woche von 20. bis 26. Oktober 2025 organisiert das „Bündnis 2025“ in Österreich eine Demokratiewoche. Details unter: www.buendnis2025.at.

Na? Hat Ihnen gefallen, was Sie gelesen haben?

Dann abonnieren Sie JETZT
das MO Magazin!



- mo unabhängigen Journalismus sichern
- mo Menschenrechte stärken
- mo kritische Stimmen hörbar machen

Jetzt Solidaritätsabo abschließen:
www.sosmitmensch.at/soli-abo

MO Magazin. Für Menschenrechte. Für Sie.

sos **mo**
Mitmensch MAGAZIN FÜR MENSCHENRECHTE

**Wir haben keine
Angst, staatliche
Förderungen zu
verlieren, ...**

**... denn wir
bekommen keine.**

**Bitte spenden Sie
JETZT!**



www.sosmitmensch.at
SPENDENKONTO: AT12 2011 1310 0220 4383